

# Stenographischer Bericht

über die

## 3. Sitzung des steiermärkischen Landtages am 21. Dezember 1920.

### Inhalt:

Seite

#### Personalien:

Mandatsrücklegung der Abgeordneten Olga Rudel-Zeynek	20
Angelobung des Abgeordneten Rudolf Seehofer	20
Wahl eines provisorischen Finanzausschusses	20

#### Anlage:

Beilagen Nr. 22, 23, 24	20
-------------------------	----

#### Zuweisung:

Beilage Nr. 24 an den provisorischen Finanzausschub	20
---	----

#### Wahlen:

Wahlen der Mitglieder und Erfahmänner der Bezirkskommissionen für die Personaleinkommensteuer	20
---	----

#### Verhandlungen:

Beilage Nr. 24, Mündlicher Bericht des provisorischen Finanzausschusses.	
Berichterstatter Saloschnigg	21, 42
Redner: Abg. Muchitsch	21, 37, 41
„ Gjöller	22
„ Dr. Ehrer	25
„ Schreckenthal	27
„ Dr. Dantine	28
„ Zenz	29
„ Kaspar	31
„ Prisching	32, 41
„ Machold	35
„ Gutmann	37
„ Wihany	38
„ Arawagna	39
„ Reichin	40
„ Pongraß	41
Annahme des Ausschubantrages	42

#### Mitteilungen des Vorsitzenden:

Anträge (siehe Verzeichnis)	19
Fortdauer der Gültigkeit der Eisenbahndauerkarten für die Abgeordneten auf den Staatsbahnen.	

### Verzeichnis der in der Sitzung eingebrachten Anträge und Anfragen.

#### Anträge:

- Antrag der Abgeordneten Kaufmann und Genossen in Angelegenheit der Erhöhung der Gnadenversorgungsrenten.
- Antrag der Abgeordneten Lichenegger, Winkler und Genossen, betreffs Aberlassung der ausgegebenen Reverspferde zum Schätzungspreis.
- Antrag der Abgeordneten Wihany, Gartner, Ferner und Genossen, betreffs des Verkaufes der Samenzuchtanlage des Lagers Wagna und der damit verbundenen Schädigung der Landwirtschaft Steiermarks.

#### Anfrage:

- Anfrage der Abgeordneten Friepertinger, Saringer und Genossen an den Landeshauptmann wegen der Behandlung der Entscheidung des Bezirksverwaltungsausschusses Voitsberg über Interessentenbeiträge zur Straßenerhaltung durch den steiermärkischen Landesrat.

Beginn der Sitzung: 5 Uhr 10 Minuten nachmittags.

Vorsitzender: Präsident Franz Kölbl.

Schriftführer: die Abgeordneten Georg Gaf, Johann Leichin, Franz Wihany und Dr. Otto Dungere.

Präsident: Ich eröffne die dritte Sitzung des hohen Landtages.

Frau Olga Rudel-Zeynek hat mitgeteilt, daß sie infolge ihrer Wahl in den Nationalrat ihr Mandat als Landtagsabgeordnete zurücklegt. Die Landeswahlbehörde hat sodin Herrn Rudolf Seehofer als dem nächsten Ersatzmann den Wahlschein ausgestellt. Der Herr Abgeordnete ist im Hause erschienen und ersuche ich denselben durch die Worte: „Ich gelobe!“ unverbrüchliche Treue der Republik Osterreich und dem Land Steiermark, dann feste und volle Beobachtung der Verfassungsgesetze und aller anderen Gesetze des Bundes und des Landes Steiermark und gewissenhafte Erfüllung ihrer Pflichten anzugeloben.

Abgeordneter Seehofer: Ich gelobe.

Präsident Kölbl: Aufgelegt wurden heute die Beilagen Nr. 22 bis 24.

Über Beschluß der Obmännerkonferenz setze ich den Punkt 1 der Tagesordnung von der heutigen Tagesordnung ab.

Der nächste Punkt, der zur heutigen Verhandlung kommt, ist Punkt 3 der Tagesordnung, das ist:

#### Die Wahlen der Mitglieder und Ersatzmänner der Bezirksschätzungskommissionen für die Personaleinkommensteuer.

Den Mitgliedern des hohen Landtages wurde gleichzeitig mit der Einladung zur heutigen Sitzung eine Erläuterung zu diesen Wahlen und ein Verzeichnis der Wahlvorschläge der Landtagsparteien übermittelt.

Ich glaube von einer Verlesung dieser Erläuterung Umgang nehmen zu können und bemerke im Anschluß daran folgendes:

Von den meisten Bezirksteuerbehörden sind die Äußerungen zu den Parteivorschlägen eingelangt. Es hat sich jedoch herausgestellt, daß zahlreiche namhaft gemachte Mitglieder und Ersatzmänner nicht wählbar sind, weshalb neue Vorschläge eingeholt werden mußten. Diese Vorschläge sind den Steuerbehörden zur neuerlichen Begutachtung übermittelt worden,

wobei sich zum Teil wiederum Unstände ergeben haben. Da die Wahlen sehr dringend sind, glaube ich, bei den geschilderten Verhältnissen empfehlen zu sollen:

„Der hohe Landtag wolle die zur Wahl der Bezirksschätzungskommissionen für die Personaleinkommensteuer von den Landtagsparteien eingebrachten Wahlvorschläge genehmigend zur Kenntnis nehmen und die Landesregierung ermächtigen, zu diesen Verzeichnissen im Einvernehmen mit den Parteileitungen Änderungen vorzunehmen.“

Wer für diesen Vorschlag ist, wolle die Hand erheben. (Geschlecht.) Angenommen.

Als nächster Punkt der Tagesordnung kommt Punkt 2 zur Verhandlung. Das Wort hat Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Ahrer.

Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Ahrer: Punkt 1 ist weggefallen, auch die Wahl von Sonderausschüssen ist nicht möglich, nachdem die Geschäftsordnung nicht angenommen worden ist. Es ist nun aber zweifellos dringend notwendig, ein Budgetprovisorium zu beschließen. Die Obmännerkonferenz hat sich nun auf den Standpunkt gestellt, daß ein provisorischer Finanzausschuß zu wählen wäre, welcher sich mit dem Budgetprovisorium zu befassen haben wird. Im Sinne des Beschlusses der Obmännerkonferenz stelle ich nun folgenden Antrag:

Der Landtag wolle einen provisorischen Finanzausschuß wählen, und zwar bestehend aus den Herren Rudolf Seehofer, Vinzenz Muchitsch, Hannes Schreckenthal, Johann Leichin, Anton Spak, Julius Fröhlich, Karl Gföller, Dr. Otto Dungere, Karl Huber, Johann Saloschnigg und Franz Kaspar.

Weiters stelle ich den Antrag, daß dieser Finanzausschuß sich sofort zur Beratung des Budgetprovisoriums zurückziehe und hierauf im hohen Hause Bericht erstatte.

Abgeordneter Muchitsch: Zur Vermeidung eines Mißverständnisses möchte ich nur beifügen, daß dieser Finanzausschuß nur provisorisch auf Grund der alten Geschäftsordnung, und zwar für einen bestimmten Zweck gewählt wird und daß die eigentliche Wahl der Sonderausschüsse — und zwar sämtlicher — in der nächsten Sitzung nach der Beschlußfassung der neuen Geschäftsordnung vor sich gehen wird.

Präsident Kölbl: Hat jemand noch etwas zu bemerken? (Nach einer Pause.) Es ist dies nicht der Fall. Ich schreite daher zur Abstimmung und ich ersuche jene Abgeordneten, welche für den Vorschlag sind, die

Hand zu erheben. (Geschicht.) Ist einstimmig angenommen. Ich bitte den gewählten Finanzausschuß sich sofort zu konstituieren und sich zur Beratung des Budgetprovisoriums zurückzuziehen und hierauf Bericht zu erstatten.

Ich unterbreche nunmehr die Sitzung auf die Dauer einer Stunde.

(Die Sitzung wird um 5 Uhr 15 Minuten nachmittags unterbrochen und um 6 Uhr 30 Minuten abends wieder aufgenommen.)

Ich eröffne wieder die Sitzung. Das Wort hat der Berichterstatter des Finanzausschusses, Herr Abgeordneter Saloschnigg.

Berichterstatter des Finanzausschusses Saloschnigg (von der Rednerbühne): Der provisorische Finanzausschuß hat sich mit dem Bericht des Landesrates, betreffend die provisorische Forsteinhebung der Landesumlagen in den Monaten Jänner, Februar und März 1921 beschäftigt, und hat sich dem Antrage des Landesrates angeschlossen.

Es wolle daher der hohe Landtag beschließen (liest):

I. In den Monaten Jänner, Februar und März 1921 gelangen provisorisch die gleichen Umlagen zur Einhebung wie im zweiten Halbjahr 1920, und zwar:

1. eine 125prozentige Umlage auf die reelle und ideelle Hauszinssteuer;
2. eine 160prozentige Umlage auf die allgemeine Erwerbsteuer I. bis IV. Klasse, die Grundsteuer, die reelle und ideelle Hausklassensteuer, die 5prozentige Steuer der achtzehn Jahre steuerfreien Häuser, die Rentensteuer und die Erwerbsteuer von den Hausier- und Wandergewerben;
3. eine 170prozentige Umlage auf die Erwerbsteuer der zu öffentlicher Rechnungslegung verpflichteten Unternehmungen;
4. eine 10prozentige Umlage auf die gesamte Verzehrungssteuer auf Fleisch am Lande und auf dieselbe Steuer samt außerordentlichen Zuschlägen in der Landeshauptstadt Graz.

II. Die Landesregierung wird ermächtigt, während der Dauer des Budgetprovisoriums die laufenden Ausgaben zu bestreiten."

Abgeordneter Muchitsch: Hohes Haus! Wir werden für den Antrag des Finanzausschusses, wonach für die Monate Jänner, Februar und März die Weiterhebung der bisherigen Umlagen bewilligt werden soll, und für den weiteren Antrag, daß der Landesrat die

Ermächtigung bekommen soll, die laufenden Ausgaben für diese Zeit, also vom Jänner bis März zu bestreiten, stimmen. Wir müssen jedoch ausdrücklich feststellen, daß in der Tatsache, daß wir für das Budgetprovisorium stimmen, nicht etwa ein Vertrauensvotum für die Landesregierung oder den Landesrat erblickt werden dürfe. Es wäre dringend notwendig gewesen, zur Beratung des Voranschlages oder des Budgetprovisoriums die notwendige Zeit zur Verfügung zu haben. Das ist nun ganz unmöglich gewesen. Der Finanzausschuß mußte in einer ganz kurzen Beratung den Antrag des Landesrates in Erörterung ziehen und es war dem Finanzausschuße mit Rücksicht auf die Kürze der Zeit nicht möglich, die Finanzwirtschaft einer entsprechenden Erörterung zu unterziehen. Das wäre aber außerordentlich notwendig gewesen, es wäre notwendig gewesen aus dem Grunde, weil die finanzielle Situation, in der sich das Land befindet, nichts weniger als erfreulich ist. Im Gegenteil, die Finanzlage ist eine außerordentlich trostlose, was schon daraus hervorgeht, daß uns heute vorgelegt wurde ein Antrag, wonach dem Landesrate oder der Landesregierung die Ermächtigung erteilt werden soll, eine Landesanleihe im Betrage von 300 Millionen Kronen aufzunehmen. Dieser Antrag ist vorläufig zurückgestellt worden, so daß er jetzt nicht zur Erörterung steht. Wir werden uns aber in Bälde mit diesem Antrage neuerdings zu befassen haben. Deshalb habe ich betont, daß die Finanzlage eine außerordentlich trostlose ist, weil diese Anleihe aufgenommen werden soll, und weil aus dem Verwendungspunkte für diese Anleihe hervorgeht, daß zwei Drittel dieser Anleihe Verwendung finden sollen zur Bestreitung des Abganges in der laufenden oder ordentlichen Gebarung. Aber so, wie man sich die Anleihermächtigung in diesem, heute vorgelegten, aber allerdings nicht zur Verhandlung stehenden Antrage vorgestellt hat, wird es auf keinen Fall möglich sein. Ich betone, daß die arbeitende Bevölkerung mit der Politik des Landesrates, insbesondere der Landesregierung, durchaus nicht einverstanden ist, daß sie sehr viele Beschwerden zu erheben hat, besonders Beschwerden hinsichtlich der Maßnahmen, die die Landesregierung in wirtschaftlicher Beziehung getroffen hat oder zu treffen im Begriffe ist. Über eine dieser Beschwerden, die die arbeitende Bevölkerung ganz besonders betrifft, wird noch ein Redner meines Parteiklubs hier sprechen. Wenn wir also heute für die Forsteinhebung der Steuern und Umlagen stimmen werden, so tun wir das aus dem Grunde, damit die Landesverwaltung für die ersten drei Monate des nächsten Jahres weiter geführt werden kann. Wir behalten uns vor, bei Beratung des

Voranschläge, die wahrscheinlich im Monate Februar oder spätestens März vor sich gehen wird, unsere grundsätzliche Stellungnahme zum Voranschlag und zu den durch den Voranschlag aufgerollten Finanzfragen zu bezeichnen, machen aber heute schon aufmerksam, daß wir den Voranschlag einer ernstlichen Prüfung und eingehenden Kritik unterziehen werden, und daß wir gegen gewisse Maßnahmen, die getroffen wurden oder weiterhin getroffen werden sollen, sowie gegen eine gewisse, nach unserem Dafürhalten lage Auffassung des Finanzproblems Stellung nehmen werden und daß wir vor allem verlangen werden, daß die besitzenden Klassen des Landes zu einer höheren Leistung herangezogen werden. Es ist im Finanzausschusse heute bei Erörterung des Provisoriums gesagt worden, daß es nicht möglich sei, eine Herabsetzung der Umlagen in Voranschlag zu bringen. Das glaube ich ohne weiteres, daß man in einer Zeit der größten Finanznot nicht daran denken kann, bestehende Umlagen herabzusetzen, sondern die Sache wird so stehen, daß man sich die Frage vorlegen muß, welche Umlagen erhöht werden sollen, und wie es erzielt werden kann, daß die Einnahmen des Landes erhöht werden, und daß vor allem eine Einnahmenerhöhung erzielt wird dadurch, daß die zahlungsfähigen Kreise des Landes zu einer größeren Leistung, als es bisher der Fall war, herangezogen werden. Wir werden uns doch die ernsthafte Frage vorlegen müssen, ob die Einnahmen des Landes vorwiegend oder in erster Linie nur zur Befriedigung der Bedürfnisse der agrarischen Bevölkerung verwendet werden dürfen, wie das leider der Fall ist. (Abgeordneter Schreckenthal: „Woher denn?“) Wenn Sie, Herr Kollege, den Verwendungsplan für die 300-Millionen-Kronen-Anleihe durchsehen, so werden Sie sofort zur Überzeugung kommen, daß dem so ist. Ich mache aufmerksam, daß der Herr Finanzreferent den Standpunkt einnimmt, daß gespart werden müsse, wo nur immer gespart werden kann. Das ist ein Standpunkt, den alle Finanzreferenten in der gegenwärtigen Zeit einzunehmen gezwungen sind. Aber dann muß überall gespart werden, wo gespart werden kann, und es darf nicht einseitig sein. Es geht nach meinem Dafürhalten nicht an, daß der Herr Finanzreferent die wenigen bescheidenen Mittel, die notwendig sind, um das gewerbliche Schulwesen, die gewerblichen Fortbildungsschulen in Graz weiter fortführen zu können, nicht hat oder diese Mittel verweigert, wogegen auf der anderen Seite ganz erhebliche Summen zur Neuerrichtung von landwirtschaftlichen Schulen verwendet oder in den Voranschlag eingestellt werden beziehungsweise im Anleiheprogramm aufscheinen. Die gewerb-

lichen Fortbildungsschulen in Graz sind darauf angewiesen, vom Staate, Lande und der Stadtgemeinde Graz Subventionen zu beanspruchen, damit sie weitergeführt werden können. Der Staat hat sie geleistet, die Stadtgemeinde Graz hat diese Subvention ebenfalls gegeben, und nur das Land hat sie nicht geleistet. Ich möchte aufmerksam machen, daß zu den Einnahmen des Landes die Stadt Graz und die Industrieorte des Landes, die Städte und Märkte sowie die Industriedörfer einen sehr erheblichen Teil beitragen. Es muß daher bei Verwendung der Einnahmen so vorgegangen werden, daß diese Einnahmen nicht nur für Zwecke Verwendung finden, die der agrarischen Bevölkerung zugute kommen oder für Zwecke, die gerade dem Herrn Finanzreferenten oder seiner Partei sehr nahe liegen, sondern es muß dafür gesorgt werden, daß die Einnahmen in gleicher Weise aufgeteilt werden, so daß so notwendige Einrichtungen, wie das gewerbliche Fortbildungsschulwesen eine ist, nicht in Frage gestellt werden, indem die bescheidenen Mittel hierfür nicht aufgebracht werden.

Diese kurzen Bemerkungen wollte ich machen und ich betone nochmals, daß wir bei Beratung des Voranschläges Gelegenheit haben werden, uns über alle diese Fragen eingehend auszusprechen. Ich betone ausdrücklich, daß es für uns sehr viele Gründe gibt, wonach bei uns ein ganz außerordentlich großes Mißtrauen zur Landespolitik und insbesondere zur Politik der Landesregierung vorhanden ist, und ich erkläre, daß wir nur mit Rücksicht darauf, daß so große Interessen auf dem Spiele stehen und daß es notwendig ist, die Lehrergehälter und die Beamtengehälter auszubehalten und den Landeshaushalt weiterzuführen, heute für das Budgetprovisorium stimmen werden, ohne damit etwa ausdrücken zu wollen, daß wir mit der Wirtschaft im Landestrate, mit der Politik des Landestrates irgendwie einverstanden sind, sondern, wie ich schon gesagt habe, haben wir außerdem viel Grund zum Mißtrauen und werden wir dieses unser Mißtrauen bei Beratung des Voranschläges für 1921 in entschiedenster Weise zum Ausdruck bringen. (Lebhafte Beifall bei der sozialdemokratischen Partei.)

Abgeordneter Gföller: Hohes Haus! Aus den Ausführungen meines Vorredners haben Sie schon entnommen, daß unsere Zustimmung zum Budgetprovisorium durchaus nicht als ein Vertrauensvotum für die bestehende Regierung gedeutet werden darf. Im Gegenteil, es wäre bei der Debatte über das Budgetprovisorium zu erwägen, inwieweit nicht ein Mißtrauen gegenüber der Regierung gerechtfertigt wäre, und dabei gestatte ich mir besonders auf einen Gegen-

stand hinzuweisen, der gegenwärtig in der konsumierenden Bevölkerung die lebhafteste Beunruhigung erweckt. Es ist dies die Haltung der Landesregierung in der Fleischverorgungsfrage. Aus der Presse und auch aus sonstigen Nachrichten ist in der Öffentlichkeit durchgesickert, daß die christlichsozialen Mitglieder der Landesregierung daran denken sollen, vom nächsten Jahre an den freien Viehverkehr einzuführen und Sie können sich vorstellen, daß diese Gerüchte aber auch schon die äußerste Beunruhigung und gerade in den Industriebezirken Obersteiermarks ausgelöst haben. Die konsumierende Bevölkerung und insbesondere die Arbeiterschaft sagt sich, daß das Fleisch ein Produkt unseres Landes ist, daß wir in Bezug auf das Fleisch nicht vom Auslande abhängig sind und daß daher die verantwortlichen Faktoren des Landes daran denken müssen, daß wenigstens dieses Mittel des Konsums der Bevölkerung sichergestellt werden müsse. Nun soll die Absicht damit begründet werden, daß das bestehende System versagt, daß es sich nicht bewährt hätte und man daher gezwungen sei, den freien Handel oder etwas ähnliches einzuführen. Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß vor einem Jahre der Herr Abgeordnete Jenz in einer ausgezeichneten Rede eine großartige Begründung gerade für dieses Gesetz geliefert hat, aus welcher hervorgegangen ist, daß scheinbar nur dieses System im Stande sei, sowohl die Bauern vor Übergriffen oder harten Maßregeln zu schützen, als auch den Konsumenten das ihnen zukommende Fleisch zu verschaffen. Ich verstehe nun nicht, daß gerade jene Partei, von welcher der Vorschlag zu diesem Gesetze gekommen ist, die erste sein soll, die nunmehr von der Undurchführbarkeit und der Unmöglichkeit dieses Gesetzes überzeugt ist und nun mit der Idee des freien Handels kommt. Es ist klar, daß die Arbeiterschaft dieser Idee das schärfste Mißtrauen entgegenbringt und die schärfste Abwehrstellung beziehen muß. Sie sagen vielleicht wieder zur Begründung dieser Maßnahme, daß einzig der Bauer es sei, der heute noch nicht frei sei und für den ein gesetzlicher Zwang besteht, während alle anderen Gruppen eine derartige Unfreiheit nicht zu erleiden hätten. Ich möchte demgegenüber aufmerksam machen auf die Unfreiheit der Arbeiterschaft und aller Festbesoldeten (Widerspruch), die alle unter dem Drucke der wirtschaftlichen Verhältnisse ohnmächtig gegenüberstehen den Verhältnissen infolge des Krieges, den Sie herausbeschworen haben. (Lebhafter Widerspruch bei den Christlichsozialen.) Ich möchte verweisen auf die Knebelung der Arbeiterschaft durch die bestehenden Verhältnisse und Sie können sich nicht gegen die Lohn-

erhöhungen der Arbeiterschaft auflehnen, weil diese gewöhnlich nachhinken und nie jenen Preisen entsprechen, die für die übrigen Artikel in diesem Lande gelten. Wir sehen, daß manche Industrieartikel noch weit unter dem Weltmarktpreise stehen, während andererseits Produkte der Landwirtschaft nicht mehr so weit entfernt sind (Widerspruch). Es ist heute darauf hingewiesen worden, daß die Kontingentierung gewissermaßen eine indirekte Besteuerung der Landwirtschaft sei und schwer zu ertragen wäre, und ich erachte in dieser Absicht den Versuch, die Bauernschaft von dieser indirekten Besteuerung zu befreien. Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß dieser Standpunkt unrichtig ist; denn wieviel Steuern müssen die Arbeiter und Firangestellten leisten, wenn ihre Arbeitskraft nach dem Weltmarktpreise gehandelt würde, und Sie würden staunen, welche Löhne die landwirtschaftlichen Betriebe bezahlen müßten, wenn nach dem Weltmarktpreise bezahlt würde. Da müssen gerade die landwirtschaftlichen Arbeiter am meisten leisten. Wenn Sie nun den freien Handel einzuführen gedenken, so sind wir verpflichtet, Sie neuerdings darauf aufmerksam zu machen, welche Folgen uns der freie Handel bei allen Artikeln, die früher unter dem schlechten oder rechten staatlichen Bewirtschaftungssystem ausgebracht worden sind, bringen wird. Wir haben immer wieder gesehen, daß bei jeder neuen Freigabe eines bewirtschafteten Artikels ein Preiswirbel gekommen ist, dem die Konsumenten nicht nachkommen konnten, und es ist klar, daß auch hier wieder der Preiswirbel eintreten würde, und wenn Sie daran denken, wieder Höchstpreise einzuführen, so möchte ich Sie auf Ihre eigene Begründung verweisen, daß die Höchstpreise nur als Mindestpreise gelten und daß alle jene, die unter dem Höchstpreis stehen, dem Schleichhandel zugeführt werden, und ich möchte darauf verweisen, daß der Höchstpreis durchaus keine Sicherheit dafür gibt, daß wir Fleisch durch längere Zeit zu annehmbaren Preisen haben werden, weil wir ja wissen, daß der Höchstpreis abgeändert werden kann und wir ja machtlos sind, wenn die neuen Höchstpreise nach oben festgesetzt werden. Wenn wir die Konkurrenz in Berücksichtigung ziehen, dann werden Sie selbst einsehen, daß es zu einem Hinauslizitieren kommen muß und wir dies bezahlen müssen. Wenn Sie an Strafen denken, um den Höchstpreis durchzusetzen, so möchte ich Sie daran erinnern, daß wir auch bisher schon das Mittel der Strafe hätten zur Anwendung bringen können, um die Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen. Aber in der bisherigen Anwendung der Strafen haben wir durchaus nicht die Gewähr dafür erblickt

können, daß man auch in Zukunft ernst machen würde, daß sie auch in Zukunft ein Bürge für die Sicherheit der Fleischversorgung sein könnte. Ich möchte nun noch auf etwas verweisen. Der Herr Abgeordnete J e n z hat in seiner Rede auch darauf verwiesen, daß es äußerst schädlich sei, wenn ein Massenschlachten der Rinder erfolgen würde. Ich möchte nun darauf aufmerksam machen, daß der freie Handel nichts anderes bedeuten würde als ein Massenschlachten der Rinder; die Folge würde sein, daß im Schleichwege mehr verschwindet, als dem Konsum zugeführt wird, und daß ein wirkliches Massensterben in den Rinderstallungen beginnen würde, daß Sie sich aber dabei in das eigene Fleisch schneiden würden. Ich möchte auch an ein Wort des Herrn Abgeordneten J e n z erinnern, welches er wegen des Schleichhandels gebraucht hat, und ich möchte darauf hinweisen, daß, wie er sich ausgedrückt hat, der freie Handel mit Höchstpreisen nur den Schleichhandel erzeugen würde und der redliche Bauer erbarmungslos dem Schleichhandel ausgeliefert würde, und ich meine, auch dann würden Sie den redlichen Bauern dem Schleichhandel zuführen und Sie würden ein Verbrechen begehen und es würden die Bauern in ihrer sittlichen Moral gefährdet sein. Ich möchte nun kurz noch etwas sagen. Im vergangenen Jahre hat Herr Abgeordneter J e n z ganz richtig und in einwandfreier Weise gegen den Antrag des Bauernbundes auf Aufhebung des Monopols Stellung genommen und hat unter anderem gesagt: „Wenn ich im gegenwärtigen Augenblick dafür stimmen sollte, dann würde ich aus gewissen Bedenken davor zurückschrecken, und wenn ich es dennoch in Verfolgung gewisser Ziele tun würde, dann würde mir mein Gewissen zurufen: Jetzt hast du ein Verbrechen begangen! Denn alle Schichten unseres Volkes, mit Ausnahme der Kriegsgewinner und Prozen, würden augenblicklich ohne Fleisch dastehen.“ Sie haben, Herr Abgeordneter J e n z, dies in Zusammenhang mit der Geldentwertung gebracht. Diese Geldentwertung dauert auch heute noch an und sie würde auch wirken auf die Vieh- und Fleischpreise. Die Worte, die Herr Abgeordneter J e n z damals gesprochen hat, gelten heute mehr denn je, und diese Worte sollten der christlichsozialen Partei ein Mahnruf sein, den beabsichtigten Plan nicht durchzuführen, weil sie sich sonst sagen müßte: die christlichsoziale Partei hat ein Verbrechen am Volke begangen. Der Herr Abgeordnete J e n z hat diese Äußerung begründet und ungefähr folgendes gesagt: „Die wenigen Bauern, die Vieh abgeben, werden gewiß nicht jene Edelmenschen sein, die es um den Preis abgeben werden, daß sich auch der arme Mensch ein Stück Fleisch kaufen kann,

sondern — und das gilt für die Schleichhändler — entsprechend ihrer Naturanlage werden sie einen Preis fordern, den ihre unersättliche Geldgier ihnen vorschreibt. Dazu aber steht unser Bauernstand sittlich noch zu hoch, als daß er sich zur Masse der Kriegsgewinner und zur Aushungerung unseres Volkes hergeben würde. (Lebhafter Beifall bei den Christlichsozialen.) Nun möchte ich doch bemerken, daß dies wörtlich auch heute noch gilt. Ich habe nun doch einen gewichtigen Kronzeugen gegen die Absicht der christlichsozialen Landesregierung angeführt, aber wenn heute der Herr Abgeordnete J e n z desavouiert würde oder wenn er heute seine vorjährige Äußerung desavouieren würde, so möchte ich Ihnen noch einen anderen Kronzeugen, den Sie nicht so leicht abschütteln könnten, anführen, der sich dagegen ausgesprochen hat, daß jetzt der freie Viehhandel und Viehverkehr eingeführt wird und der heute bestätigt, daß das, was der Herr Abgeordnete J e n z im vergangenen Jahre gesagt hat, auch heute noch vollauf zu Recht besteht. Ihr Parteigenosse, der Landeshauptmann H a u s e r von Oberösterreich, hat erklärt, die höchste Sorge für die Landesregierung sei die schwierige Ernährungslage, besonders bei der Aufbringung des Fleisches. Gegenüber dem Bestreben nach Freiebung des Viehverkehres sei der Landeshauptmann und, wie er glaube, alle gutgesinnten Kreise der Landwirte der Anschauung, daß die Freiebung des Viehverkehres derzeit unmöglich sei. Diese Überzeugung habe er auch dadurch gewonnen, daß der Landeskulturrat für Oberösterreich dieselbe Ansicht gehabt und sie in derselben Weise interpretiert hat. Eine Freiebung des Viehverkehres würde die Versorgung der Städte mit Fleisch unmöglich machen. Die Hauptsache sei es, dafür zu sorgen, daß alle Leute etwas zu essen haben. Weniger notwendig erscheine es ihm, daß einzelne mehr verdienen, und von diesem Grundsatz werde er unter keinen Umständen abgehen. Er wendete sich gegen die in manchen Kreisen der Landwirtschaft betriebene unverantwortliche Heße und verlas ein unter den Bauern weit verbreitetes Flugblatt, in welchem zur Einstellung der Lieferungen aufgefordert wird. Der Landeshauptmann erklärte nochmals, er habe schon manches Hindernis im politischen Leben überwunden und werde vor dieser Heße nicht zurückweichen und wenn sie über ihn selbst hinweggehen sollte. (Stürmischer Beifall.) Er rufe alle gutgesinnten Landwirte auf, in ihrem Kreise aufklärend zu wirken, da sie selbst die Irreführten und Gesoppten seien, wenn sie so zum Unheil der Bevölkerung von Oberösterreich beitragen. Ich sage Ihnen, daß ich nicht eine Stunde länger auf dem Posten bleiben werde, auf den mich Ihr einstimmig-

ges Vertrauen gestellt hat, wenn ich nicht auch von Ihrer Seite in der Frage der Ernährung der Bevölkerung refflos unterstützt werde.

Das hat Ihr Parteigenosse **H a u s e r** von Obersteierreich gesagt, der Landeshauptmann ist, und dem tatsächlich die Ernährung der Bevölkerung eine ernste Sache zu sein scheint. Ich glaube, die Stimme des Landeshauptmannes **H a u s e r** muß doch gewichtiger sein als die Stimme der Konkurrenz, die in Untersteiermark sich erhoben hat. Ich möchte noch hinzufügen, daß sehr übertrieben wird, wenn behauptet wird, daß die Bauern nicht liefern wollten. Der Herr Pfarrer **J e n z** hat gesagt, daß die Bauern zu diesem Opfer bereit sein werden. Ich möchte das sagen, weil ich einer Beratung beigewohnt habe, in welcher die Produzenten und Konsumenten zusammen gefessen sind, in einer Beratung in Obersteiermark, wo die Bauernbündler erklärt haben, wir wären mit der Erhöhung der Quote des Kontingents einverstanden, aber nur, wenn für Untersteiermark der gleiche Maßstab gilt. Was die Produzenten von Obersteiermark sagen, das soll auch für alle anderen Geltung haben. Jeder soll sich sagen, daß man es moralisch und sittlich nicht verantworten kann, daß man nur einer Schichte der Bevölkerung die ganzen Lasten des Krieges aufhast, während andere sich von diesen Lasten zu befreien suchen. Ich glaube, das können Sie nicht verantworten, und ich glaube auch nicht, daß diese Absicht ernstlich bestehen kann. Ich möchte auch aufmerksam machen, daß von diesem Hause im vergangenen Jahre ein Beschluß gefaßt wurde, der dahin ging, daß, wenn die Neuregelung versagen sollte, auf das alte System zurückgegriffen werden soll. Ich möchte mir nicht den Kopf zerbrechen darüber, wie Sie sich die Fleischversorgung der Bevölkerung vorstellen. Darüber hat die Mehrheit zu entscheiden. Für die Bevölkerung muß gesorgt werden. Das muß nicht nur in der Wählerversammlung eine Pflicht für Sie sein, sondern auch dann, wenn Sie deswegen in einen Konflikt mit den eigenen Parteigenossen geraten. Ich möchte sagen, und zwar ganz mit den Worten des Herrn Pfarrers **J e n z**, daß Sie ein Verbrechen an der Bevölkerung begehen würden, wenn Sie den freien Viehverkehr einführen. Sie würden neuerdings die Preise in die Höhe schrauben und würden vielen tausenden und tausenden Pensionisten, alten Mütterchen und Kindern es unmöglich machen, daß sie auch hier und da einmal ein Stückchen Fleisch essen können. Sie würden neuerdings gewissermaßen, ich möchte sagen, das Vorbild der Entente nachmachen, daß das Elend der Bevölkerung ein immer größeres wird. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Uhrer**: Gefren der bisherigen Usance, daß die Budgetdebatte dazu benützt werde, um all das abzulagern, was den Herren am Herzen liegt, haben sich bereits zwei Herren der sozialdemokratischen Partei erleichtert. Es ist naturgemäß, daß wir darauf noch zurückkommen werden. Wir behalten uns vor, auch bei der Beratung des Voranschlages unsere Ansichten mit aller Schärfe zu vertreten. Es wurde gesagt, die arbeitende Bevölkerung sei mit der Politik der Landesregierung nicht zufrieden und die Auffassung des Finanzproblems sei seitens der Landesregierung eine laze; allerdings wurde das behauptet, ohne konkrete Tatsachen anzuführen. Sobald das geschehen wird, werden wir auch Gelegenheit haben, unsere konkreten Fälle vorzubringen. Auf einiges möchte ich aber heute schon antworten. Es wurde der Gedanke zum Ausdruck gebracht, daß die besitzenden Klassen zu höheren Leistungen herangezogen werden sollen. Aber der Begriff des sogenannten Besitzenden ist wohl ein wesentlich verschiedener von dem Begriff, wie wir ihn von dem Besitzenden im Jahre 1914 gehabt haben. Wir können nicht von Besitzenden schlechtweg reden. Viele Pensionisten haben heute 4000 K jährlich, während manche Arbeiter monatlich 5000 K beziehen. Ich muß schon auf die Tatsache hinweisen, daß sich eine Verschiebung ergeben hat und daß es zu einem Schlagwort ausgenützt wird, wenn man von den Besitzenden spricht, wie es früher die Herren Sozialdemokraten getan haben. Eine soziale Ausgleichung der Lasten muß selbstverständlich stattfinden, besonders in einer so schweren Zeit, in der wir leben. Niemand wird sich der Einsicht verschließen, daß derjenige, der mehr hat, auch an den Lasten mehr zu tragen hat. Aber ich möchte das auf das richtige Maß zurückführen. Ich möchte konstatieren, daß es heute viele tausende Leute gibt, die mit dem Monatsgehalt eines Arbeiters das ganze Jahr auskommen müssen. Der Herr Bürgermeister hat insbesondere gemeint, daß die Heranziehung der besitzenden Klasse eine sehr notwendige ist. Ich bitte, Sie müssen bedenken, daß wir in einer vollkommenen finanziellen Unklarheit des Landes herumtappen, solange nicht die Auseinandersetzungen zwischen Bund und Ländern beendet sind. Solange das nicht klargestellt ist, haben wir nichts anderes als das alte Finanzsystem, das vor zehn Jahren vorhanden war. Die Lasten des Landes aber werden bedeutend höhere sein, als sie es seinerzeit waren. Wo hat man sich im alten Landtag mit einer Notapprovisionierung beschäftigt? Es wurde weiters behauptet, daß die Einnahmen des Landes zum großen Teil der agrarischen Bevölkerung zugute kommen. Das ent-

spricht nicht den Tatsachen. Das Land hat für die konsumierende Bevölkerung aller Kreise aus eigenen Mitteln 49 Millionen Kronen beige-steuert. (Widerspruch des Abgeordneten L e i c h i n.) Herr Abgeordneter L e i c h i n, Sie werden auch noch daran kommen. Wo haben Sie eine ähnliche Post für die Landwirtschaft gefunden? Es sind aber auch noch andere Dinge im Landeshaushalte, die der konsumierenden Bevölkerung zugute kommen. Ich verweise auf die kolossale Belastung des Landes in den Krankenhäusern. Voriges Jahr hat das Defizit für Kohle allein gegen 10 Millionen Kronen betragen. Ich glaube, dies ist auch seinerzeit konstatiert worden. (Widerspruch des Abgeordneten K r a w a g n a.) Ich bitte, meine Worte zu überlegen. Ich habe gesagt, daß es so viele Ausgaben gibt, die der konsumierenden Bevölkerung, wie der bäuerlichen Bevölkerung zugute kommen. Unter diesem Gesichtspunkt habe ich die Krankenhäuser angeführt. Es wurde weiters mißliebiger bemerkt, daß für die landwirtschaftlichen Schulen das Land sehr viel getan habe, während es sich weigert, für die gewerblichen Schulen in Graz etwas zu leisten. Dem möchte ich entgegenhalten: Wir fühlen insbesondere, daß eine starke Landwirtschaft ebenso notwendig ist, wie eine gesunde Arbeiterschaft. Das voneinander zu trennen, ist in einem solchen Staate wie Osterreich heute nicht möglich. Was ist in der Vergangenheit für die Ausbildung der Landwirtschaft geschehen? Gar nichts. Es ist daher höchste Zeit, daß in dieser Zeit, wo alles nach der Hebung der Produktion schreit, auf diesem Gebiete wenigstens einmal in bescheidener Form begonnen werde, und da möchte ich darauf hinweisen, daß gerade auf verschiedenen Parteitagungen der Sozialdemokraten eine der Hauptforderungen es war, die Landwirtschaft zu modernisieren und in richtige Linien zu pressen. Nun, ich bitte, wenn man heute an eine ernsthafte Budgetdebatte denkt, so muß man sich doch darüber klar sein, daß man nicht fortwährend nur eine Sorte von Schulen bezahlt und auf der anderen Seite gar nichts macht. Im übrigen wird der Herr Finanzreferent Gelegenheit haben, hierüber ziffermäßige Angaben zu machen. Nun noch etwas in Betreff des Viehverkehrs. Soviel ist sicher, daß die Zentralen als solche weder den Produzenten noch den Konsumenten glücklich gemacht haben. Das ist zweifellos ein wahrer Spruch, den Sie bestätigen müssen. Ich bin überzeugt, daß es viele tausende von Arbeitern gibt, die genau dieselbe Ansicht haben. Nun möchte ich aber, weil wir schon bei der Fleischfrage sind, zu diesem Punkte noch etwas zu bemerken mir erlauben. Es ist sicher, daß die steirische Landwirtschaft im Kriege ausgepumpt wurde und

daß dies, soweit es möglich war, auch in der schweren Zeit nach dem Kriege weiter betrieben wurde. Das hat gewissermaßen ein Ziel und Ende, und heute müssen wir sagen, daß die Landwirtschaft am Ende der Kräfte ist. Im übrigen müssen wir auf dem Standpunkt stehen, daß wir eine Übergangsform des zentralen Systems finden müssen, um den Ärmsten der Armen den notwendigen Lebensunterhalt bieten zu können. Jeder wird auf demselben Standpunkt stehen. Es ist ein Wahnsinn, wenn man heute einfach dafür gesorgt hat, die Bevölkerung ohne Unterschied, ob Schwerarbeiter oder Kriegsschieber, mit derselben Zwangsration zu beliefern. Das ist ein Wahnsinn, eine Ungerechtigkeit und ein sozialer Unsinn. Schließlich möchte ich noch zu bedenken geben, daß schließlich und endlich nicht nur die Arbeiterschaft es ist, die man unter den Begriff der Ärmsten summieren und unterbringen kann. Ich möchte von Fällen von Ansuchen von Pensionisten erzählen, wo man sagen muß, da sind viel ärmere darunter, das sind einfach Leute, die buchstäblich verhungern müssen und die mit einem Einkommen, wie ich schon früher betont habe, im ganzen Jahre leben müssen, das ein manueller Arbeiter in einem Monat hat. Es würde schließlich zu weit führen, wenn ich mich in Details einlassen würde, weil ich so vorsichtig war, das für den Voranschlag vorzubereiten.

Ich möchte nur noch betreffs Oberösterreichs das eine sagen: Man kann die Verhältnisse von Oberösterreich und Kärnten nicht auf steirische Verhältnisse anwenden. Steiermark wurde gerade, was den Viehbestand anlangt, im Kriege mehr ausgepumpt als Kärnten und Oberösterreich. Es hat der Herr Vordredner gesagt, es wäre ein Unsinn, wenn man behauptet, nur der Bauer steht unter der Zwangswirtschaft und die Arbeiterschaft nicht. Das ist ein Irrtum. Wir stehen heute alle, ob Arbeiter oder Bauer, unter einem Zwang und unter einem Druck, und das ist der Druck, der wirtschaftliche Druck, der sich als Folge des unseligen Weltkrieges entwickelt hat. Diesen Druck empfindet die Arbeiterschaft, diesen Druck empfindet aber auch der Landwirt, und jetzt kommt noch dazu, daß man in den Stall des Landwirtes hineingeht und ihm sein Vieh wegnimmt.

Es ist ein großer Unterschied, ob wir unter Zwangswirtschaft oder unter einem allgemeinen Druck, der auf der Bevölkerung lastet, stehen. (Abgeordneter K r a w a g n a: „Dem Arbeiter wird der letzte Rock genommen!“) Ich bitte, Sie können ja auch hinausgehen und sich der Mühe unterziehen und sich die landwirtschaftlichen Dienstboten ansehen, und Sie könnten sich ebenso der Mühe unterziehen und nach-



schaun, wie der Bauer herumgeht und wie sein Rock ausfieht. (Widerpruch.) Im übrigen sehe ich schließlich und endlich — ich bin kein Freund der persönlichen Polemik — auch mir gegenüber nicht lauter schlecht gekleidete Damen und Herren. (Heiterkeit.) Und nun noch eines. Es wurde nach meiner Überzeugung in etwas deplacierter Weise hingewiesen auf den Weltkrieg, und zwar in der Form: „Das ist Ihr Krieg, das ist der Krieg der Bürgerlichen!“ Nun, meine Herren, ich glaube, es ist so viel Zeit vorübergegangen, daß sich endlich einmal eine ruhige weltgeschichtliche Methode bahnbrechen wird, welche jedenfalls leidenschaftslos, ohne Parteipolitik, das Entstehen und die Folgen des Weltkrieges überblickt, und dazu haben zwei Jahre vollauf genügt. Ich möchte nur das eine sagen, wenn Sie von dem Weltkrieg der Bürgerlichen sprechen, dann ist das bestimmt falsch, denn lesen Sie die „Arbeiter-Zeitung“ vom Juli und August 1914, dann haben Sie die Antwort, die Sie haben wollen.

Nun möchte ich zum Schluß meiner Ausführungen, in welchen ich nur die notwendigsten Punkte besprochen habe, noch folgendes sagen: Es kommt uns nicht darauf an, daß Sie uns ein Vertrauensvotum aussprechen. Im Gegenteil, wir werden für das Budgetprovisorium stimmen und dabei nicht kalkulieren, ob damit den Landesräten von Ihrer Seite, dem Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter **Pongraz** oder den Herren Landesräten **Machold** und **Resel**, ein Vertrauens- oder Mißtrauensvotum ausgesprochen wird, sondern stehen grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß wir viele tausende von Existenzen aufrecht erhalten müssen, mit zwingender Notwendigkeit das beschließen müssen, was das Land Steiermark braucht. (Lebhafte Beifall bei den Christlichsozialen.)

**Abgeordneter Schreckenthal:** Namens meiner Partei habe ich die Erklärung abzugeben, daß wir für das Budgetprovisorium stimmen werden. Es wird ein Budgetprovisorium für die Zeit vom Jänner bis März 1921 verlangt, und wenn wir für diesen Zeitraum stimmen, so wollen wir damit nicht gesagt haben, daß wir Ihnen nun Zeit lassen, für die Beratung des Voranschlages so lange wie im vergangenen Jahre, sondern wir wünschen, daß der Voranschlag so rasch als möglich erstellt werde, damit wir zur Beratung desselben kommen und nicht wie im vergangenen Jahre erst im Mai den Voranschlag zu Gesicht bekommen haben und in die Beratung desselben eintreten konnten, und erst im Juli, wo eigentlich das halbe Budgetjahr abgelaufen war, das Budget bewilligt haben. Ich möchte auch gleichzeitig den Herrn Finanzreferenten ersuchen, darauf hinzuwirken, daß den Mitgliedern des Finanz-

ausschusses der Voranschlag derart rechtzeitig zugestellt wird, damit dieselben in der Lage sind, zu Hause den ganzen Voranschlag zu studieren, worauf dann die Beratungen des Finanzausschusses so rasch als möglich von statten gehen können.

Auf die Ausführungen der Herren Vorredner der sozialdemokratischen Partei möchte ich nur mit ein paar Worten eingehen. Es ist die Beilage Nr. 24, das Budgetprovisorium, verquickt mit dem Vorschlage, ein Landesanlehen von 300,000,000 K aufzunehmen. Aber zur Debatte ist dieser Antrag heute nicht gestanden, und ich muß schon sagen, daß man die Bemerkungen, die Herr Bürgermeister **Muchitsch** zu diesem beabsichtigten Landesanlehen gemacht hat, nicht gerade dahin auffassen könnte, daß sie als eine Empfehlung der Anlehe dienen. Was die Ausführungen bezüglich der Landwirtschaft anbelangt, so haben wir es im vergangenen Landtag erlebt und werden es wohl auch heuer erleben, daß wir diesbezüglich bei den Herren der sozialdemokratischen Partei ein Entgegenkommen für die Landwirtschaft und deren Forderungen nicht finden. Darauf können wir nicht rechnen. Alle, welche den Voranschlag durchgesehen haben, werden zugeben, daß das Kapitel „Landeskultur“ in sehr geringer Höhe Ausgaben aufweist, welche eigentlich der Landwirtschaft zukommen. Es muß deshalb sehr deplaciert genannt werden, wenn man behauptet hat, daß die Ausgaben nur agrarischen Interessen zukommen. (Rufe: „Sehr richtig!“) Herr Abgeordneter **Gsöllner** hat früher die ganze Viehmonopolgeschichte hereingezogen und hat dem Herrn Abgeordneten **Pfarrer Jenz** der Christlichsozialen Partei vorgehalten, was für ein Verbrechen es ist, wenn man für die Aufhebung des Viehmonopols stimmt. Es ist Ihnen ja allen bekannt, welche Stellung der Bauernbund in dieser Frage eingenommen hat. Wir wollen, daß wir von der zentralen Bewirtschaftung befreit werden und daß vor allem mit dem Viehmonopol aufgeräumt werde. Wenn heute die Christlichsozialen sich zu unserer Auffassung bekennen, dann werden es wir nur freudig begrüßen. Unser Standpunkt ist der Standpunkt der gesamten Landwirtschaft. Es wird den Konsumenten nicht schlechter gehen, im Gegenteil, die Fleischversorgung wird besser werden. (Zwischenruf: „Wie beim Schweinefleisch!“) Wir haben dies ja gesehen bei Einführung des Überkontingentfleisches, wo gerade die Herren der arbeitenden Stände gesagt haben, es ist ihnen das Überkontingentfleisch lieber, wenn es auch teurer ist als das Kontingentfleisch, aber bei diesem ist die Qualität nicht so gut, und was sie an Preis mehr zahlen müssen, wird reichlich erspart durch

den größeren Nährwert, und das ist die Ansicht der ganzen Bevölkerung. Sie können nicht verlangen, daß der Bauer auch weiterhin seine Produkte abgibt unter den Gesehungskosten. Wenn der Bauer alles, was er bezieht, zum Weltmarktpreis bezahlen muß, dann können Sie unmöglich verlangen, daß er gerade bei seinen Artikeln daraufzahlt. Sie wissen es ganz genau, und jene Herren, welche sich mit landwirtschaftlichen Fragen befassen, sind auch genug darüber informiert, daß die Gesehungskosten sowohl für Vieh, Fleisch und Getreide ganz andere sind als die Preise, welche den Bauern von den Behörden vorgeschrieben werden, und dadurch hat die Landwirtschaft schon ganz außerordentliche Steuern geleistet, ja ich möchte sagen, eine Vermögensabgabe geleistet. (Widerspruch.) Ich meine, wir werden mit unseren Ansichten nicht zusammenkommen, aber es ist unsere Aufgabe und Pflicht, unsere Ansichten zur Kenntnis zu bringen, und ich muß sagen, daß, wenn Sie beschließen würden, daß das Viehmonopol weiter in Kraft bleibe, so würde dies ein Beschluß sein, welcher am Papier bleibt, weil sich die Bauernschaft dies absolut nicht mehr gefallen lassen wird. Was die einzelnen Anstände betrifft, welche die Herren gegenüber der Landesverwaltung und Landesregierung angeführt haben, ob Vertrauensvotum oder Mißtrauensvotum, so muß ich sagen, wir können uns nur auf den Standpunkt stellen: Wir haben einen Vertreter im Landestrat, in der heutigen Landesregierung, und wir haben die Verantwortung übernommen, und es wird uns nicht einfallen, ein Mißtrauensvotum auszudrücken gegen die Mitglieder der christlichsozialen oder sozialdemokratischen Partei. Wir fühlen, daß es im Interesse der Allgemeinheit, des gesamten Volkes in Steiermark liegt, für das Budgetprovisorium zu stimmen, und bei der Voranschlagsberatung werden wir auch die Detailberatung verlangen, wie wir es das letzte Mal gemacht haben und werden dann unsere Anstände, die wir eventuell gegen die Landesregierung und Landesverwaltung zu erheben haben, vorbringen, und da werden wir uns wiedersehen und dann werden wir noch Gelegenheit haben, unsere Klagen zu kreuzen. (Beifall.)

Präsident Dr. Danzine: Zur Debatte steht und der Annahme unterbreitet ist der Antrag, daß in den Monaten Jänner, Februar und März 1921 die Landesumlagen so wie bisher weiter erhoben werden. Das ist ein Antrag, dem meines Erachtens jede Partei in diesem hohen Hause zustimmen muß, wenn sie überhaupt an dem Fortbestehen der Landesregierung interessiert ist und diese haben will, und ich muß dies annehmen, da ja alle Parteien in diesem hohen Hause

nicht auf Grund einer Parteivereinbarung, nicht auf Grund eines wie immer gearbeteten Parteibündnisses, sondern auf Grund des verfassungsmäßig festgelegten Verhältniswahlrechtes in der Landesregierung vertreten sind, und so wie man sich einmal verfassungsmäßig auf diesen Standpunkt stellt, ist es meines Erachtens ganz unmöglich, gegen das Budgetprovisorium und, ich möchte schon voraus im allgemeinen sagen, gegen das Budget als solches zu stimmen. Wer in der Regierung sitzen will, übernimmt selbstverständlich die Verpflichtung, für das Budget zu stimmen, weil sich sonst jede Regierung und jede Verwaltung im Lande aufhört. Von diesem Gesichtspunkt aus werden wir für das Budgetprovisorium stimmen, ohne uns dabei irgendwelchen Rechtes der Kritik in jedem einzelnen Punkte begeben zu wollen, wenn wir an die Beratung des Voranschlages selbst schreiben. Das vorliegende Budgetprovisorium, welches nur auf die Bewilligung der Forterhebung der Landesumlagen hinausläuft und welches eigentlich Gegenstand der heutigen Beschlußfassung ist, bietet uns dazu keine Handhabe. Wir sind ganz gewiß, ebenso wie von verschiedenen Vorrednern geäußert wurde, der Ansicht, daß der vollständige Voranschlag vor allem einmal rechtzeitig dem hohen Hause vorgelegt werden muß, daß dafür Sorge gefragen werde, daß der Finanzausschuß ohne Eile und Überhastung, mit aller Ruhe und Gründlichkeit den Voranschlag prüfen kann, wo sich dann die Gelegenheit bieten wird, zu den Einnahmen oder Ausgaben, mit denen man nicht im vollen Umfang einverstanden sein kann, das Notwendige zu bemerken und Abhilfe zu verlangen. Es ist bei der heutigen Beratung eine Menge über Dinge gesprochen worden, welche es wohl nur der Nachsicht des verehrten Herrn Präsidenten verdanken, daß sie im Rahmen dieser Erörterung gesprochen werden konnten. Es ist gewiß — von dem Gesichtspunkte aus und vielleicht wurde der Herr Präsident hievon geleitet —, daß man beim Budgetprovisorium de rebus omnibus quibusdam aliis von allem möglichen reden kann. Das ist ja ganz gewiß eine gute parlamentarische Übung. Wir haben in diesem hohen Hause ja schon verschiedene Debatten über die Fleisch- und Viehverorgungsfrage angehört, und ich zweifle nicht, daß auch die nunmehr beabsichtigte Neuregelung eine sehr eingehende Sondererörterung über diese Frage auslösen wird. Bei dieser wird dann hinlänglich Zeit und Anlaß sein, sich über die verschiedenen Fragen zu äußern. Heute wissen wir eigentlich nur durch — ich möchte sagen — die Indiskretion des Herrn Kollegen Gföller, daß überhaupt etwas im Zuge ist. Etwas Authentisches, etwas Verlässliches liegt

uns mindestens heute nicht vor. Wir haben nun einen Hauptausschuß und alle möglichen sonstigen Instanzen, wo man über all dieses sprechen kann. Wir kommen ja überdies noch vor Neujahr einmal zusammen. Ich will natürlich, wenn ich mich auch über diese Fragen ausgelassen habe, in keiner Weise irgend einen Tadel aussprechen. Ich will nur bemerken, daß für mich ein Anlaß, auf Einzelheiten einzugehen, nicht besteht, sondern für mich besteht lediglich die Frage, wie wir ab 1. Jänner die Wirtschaft weiter führen, denn mit 1. Jänner hört das Recht des Landes, Umlagen zu erheben, auf, wenn wir nicht verfassungsmäßige Grundlagen schaffen. Wir werden dann, wenn einmal diese Frage auf der Tagesordnung steht, sicher auch von unserer Seite diese Meinung zu äußern haben und das vorbringen, was wir auf den Herzen haben. Für das vorliegende Budgetprovisorium werden wir aus den schon besprochenen Gründen stimmen. (Beifall bei den Großdeutschen.)

Abgeordneter Jenz: Geehrte Landesversammlung! Wenn ich eitel und selbstgefällig wäre, so könnte ich mir darauf etwas einbilden, daß meine vorjährige Rede auf Herrn Kollegen Gföller einen so tiefen Eindruck machte. Unzähligemal hat er meinen Namen angerufen, und ich bedaure nur, daß seine heutige Rede auf mich nicht den geringsten Eindruck gemacht hat. (Abgeordneter Muchitsch: „Es geht Ihnen eben die Not der Bevölkerung nicht genug nahe!“) Ich glaube, mein lieber Herr Kollege, Abgeordneter Gföller, hat die Absicht gehabt, darzutun, daß es sich um eine wichtige Sache handelt. Und wenn es sich darum handelt, so möchte ich bitten, daß Sie mich nicht gleich am Anfang unterbrechen. (Rufe: „Sehr richtig!“ — „Das ist Sache des Präsidenten!“ — Unruhe.)

Präsident Kölbl: Ich bitte, meine Herren, Herr Abgeordneter Jenz hat das Wort.

Abgeordneter Jenz (fortfahrend): Ich stelle fest, daß die Rede des Herrn Abgeordneten Gföller auf mich nicht den mindesten Eindruck gemacht hat, nicht etwa wegen des Gegenstandes, den ich für ganz ungeheuer wichtig und ernst bezeichne, sondern wegen der Absicht, in der die Rede gehalten war. Schon der Herr Abgeordnete Dr. Dantine hat es gekennzeichnet, daß der Anlaß zu dieser Rede nicht begreiflich sei. Wir haben nur zu sprechen vom provisorischen Budget, und zwar in kürzester Zeit. Es liegt noch gar nichts vor über die künftige Regelung und nur Gerüchten nachgehend, hat Herr Gföller hier seine Rede vom Stapel gelassen. Dies war der erste Grund, warum ich innerlich nicht bewegt würde von seiner Rede. Der

zweite Grund war der, weil mir an dieser Rede jedes Bestreben, allen Teilen der Bevölkerung gerecht zu werden, abgegangen ist. Wenn man über eine so wichtige Volksfrage spricht, an der alle Teile der Bevölkerung beteiligt sind, dann muß man auch die sittliche Höhe aufbringen, allen Teilen der Bevölkerung gerecht zu werden. Zumindest muß man dies Bestreben zeigen. Dieses Bestreben habe ich an der Rede des Herrn Kollegen Gföller ganz und gar vermisst. (Abgeordneter Gföller: „Ich habe ja nur Ihre Rede zitiert.“) Nun, mein lieber Herr Gföller, Sie finden es als unbegreiflich, daß von einer Partei, die im vorigen Jahre für die Einführung des bestehenden Viehgesetzes eingetreten ist, jetzt eine Neuerung, eine Änderung beabsichtigt wird. (Abgeordneter Primus: „Also doch!“) Er findet es unbegreiflich und er meint damit, daß der vorjährige Schritt ganz und gar zwecklos gewesen wäre. Nun, mein sehr geehrter Herr, scheinen Sie mit dieser Behauptung den Zweck des vorjährigen Gesetzes ganz und gar nicht erfasst zu haben. Dieses Gesetz war nicht als eine dauernde Einrichtung gedacht, sondern nur als ein Übergangsgesetz, um aus der unhaltbar gewordenen Zwangsrequisition auf mögliche Weise in die anzustrebende Freiheit zu gelangen. Dieser Zweck des Überganges ist nun vollauf erreicht worden; denn, meine sehr geehrten Herren, Sie haben im vergangenen Jahre Kontingentfleisch bekommen, leider nicht in dem Ausmaße, wie ich es selber gewünscht hätte und wie es wünschenswert gewesen wäre. Sie haben aber auch Überkontingentfleisch bekommen. Ich bitte nun, es ist Tatsache, Sie haben Kontingentfleisch und Überkontingentfleisch bekommen (Ruf von sozialdemokratischer Seite: „Aber noch mehr ist nach auswärts gekommen!“), also haben Sie Fleisch gehabt und das ist doch die Hauptsache, daß Sie Fleisch haben. (Zwischenruf von sozialdemokratischer Seite: „Kostet es, was es kostet.“) Ich bitte, darüber werden wir später sprechen. Ich stelle die Tatsache fest, daß wir Fleisch gehabt haben im vergangenen Jahre. Wenn wir dieses Gesetz nicht gehabt hätten, dieses Übergangsgesetz, dann hätten Sie allerdings kein Überkontingentfleisch gehabt. Sie hätten aber auch kein Kontingentfleisch gehabt. Ganz gewiß nicht, weil das frühere Requisitionssystem unsern Viehstand ganz und gar zugrunde gerichtet hätte, so daß es nicht möglich gewesen wäre, nur irgend ein Fleisch, sei es nun Kontingent- oder Überkontingentfleisch aufzubringen. Ich verzeichne als eine Wirkung dieses Gesetzes die Tatsache, daß wir Fleisch gehabt haben und als eine weitere Wirkung des Gesetzes, daß wir jetzt um einen Schritt weiter gehen können, als wir im vorigen Jahre gegangen sind,

und zwar bei weiterer Sicherstellung des Fleischbezuges. Wenn wir dieses Gesetz im vorigen Jahre nicht eingebracht hätten, könnten wir allerdings heuer diesen Schritt nicht machen. Ich wüßte aber nicht, wie wir das vergangene Jahr hätten durchhalten können? Und wenn Herr Abgeordneter G s ö l l e r sich berufen hat auf meine damalige Begründung, daß wir mit dem vollsten Verantwortungsgefühl vor dem Volke bei der Beratung dieses Gesetzes zu Werke gegangen sind und er diese meine Worte lächerlich zu machen scheint, so kann ich ihm sagen, daß es mir und meiner Partei mit der Einführung des Gesetzes zwecks Sicherstellung der Fleischversorgung vollauf und blutiger Ernst war, und ich möchte wünschen, daß die Herren bei Beratung so wichtiger Angelegenheiten auch immer diesen Ernst aufbrächten und auch bei den Debatten darüber. Mit gleicher Gewissenhaftigkeit, mit der wir im vorigen Jahre zu Werke gegangen sind, arbeiten wir auch heuer an dieser Frage, und ich kann sagen, wir können wohl einen Schritt vorwärts wagen, aber wir müssen den Bauern auch heuer noch sagen: Es ist noch nicht die Zeit gekommen, wo wir Euch die unbeschränkte Freiheit verkünden können, wir müssen Euch auch heuer noch eine Bindung auferlegen. Auch heute noch können Eure Wünsche nicht reiflos erfüllt werden. In dieser Absicht, mit diesem Verantwortungsgefühl arbeiten wir auch gegenwärtig an der Lösung dieser wichtigen Frage. Wenn die Herren von der sozialdemokratischen Partei von der Lieferung reden, so wenden sie sich gewohnheitsmäßig gewöhnlich ausschließlich zur christlichsozialen Partei, auch dort, wo es sich nicht um dieses Gesetz handelt, sondern wo es sich um Lieferungen überhaupt handelt. Nun aber, meine sehr geehrten Herren, möchte ich Ihnen in Erinnerung rufen, daß ja die christlichsoziale Partei nicht die ausschließliche Vertretung von Bauern ist. Sie rühmen sich ja, daß Sie auch Bauern in Ihrer Partei hätten. Und ich möchte Sie, geehrte Herren, fragen, ob Sie je eine Begeisterung für das Liefern bei den sozialdemokratischen Bauern wahrgenommen haben? (Lebhafte Heiterkeit bei der christlichsozialen Partei. Rufe bei der sozialdemokratischen Partei: „Wo sind denn die?“) Ich, meine sehr geehrten Herren, kann Ihnen sagen, daß auch der . . . (Abgeordneter K r a w a g n a: „Die kleinen Bauern von Obersteiermark sind herangezogen worden, aber die großen Bauern der Ost- und Weststeiermark unter Ihrem Regime nicht.“) Damit beweisen Sie mir gar nichts. Ich möchte fragen, ob an die Lären der sozialdemokratischen Abgeordneten und Landesräte niemals ein Bauer angeklopft hat, der sich von seiner Lieferungspflicht befreien wollte und sich darauf

berufen hat, daß er ja ohnedies zu dieser Partei gehöre? Ob die Herren niemals einen Überdruß an der Lieferung wahrgenommen haben? Und wenn Sie diese Wahrnehmung nicht gemacht haben, so kann ich sagen, daß ich wohl diese Wahrnehmung gemacht habe. Ich weiß, ich kenne Bauern mit Namen, denen gesagt worden ist: „wenn Du zur sozialdemokratischen Partei gehst, dann brauchst Du nichts zu liefern. (Abgeordnete K ö s t l e r: „Wer hat das gesagt?“) Es haben einzelne Bauern diesen Versuch gemacht und siehe da, zum Erstaunen ihrer Umgebung brauchten sie wirklich nichts zu liefern. (Rufe: „Hört!“) Die Namen können Sie in Wagna bei Leibnitz erfragen. (Rufe: „Hört!“) Und ein ziemlich großer Bauer, der auch sozialdemokratisch ist, hat lange Zeit nichts geliefert. Auf das Drängen der Mitbauern hat er endlich doch einmal ein Stück zur Ablieferungsstelle hingetrieben, aber das doppelte oder dreifache Gewicht wieder heimgetrieben. Das war die Lieferung vom ganzen Jahre und den Namen können Sie in Neurath bei Ritzeck erfahren. Ich führe das nur an, um Ihnen nahe zu legen, daß Sie sich nicht immer zu uns wenden, sondern drehen Sie sich auch gefälligst in Ihrem Kreise herum. (Heiterkeit.) Dann hat der Herr Abgeordnete G s ö l l e r gesagt, daß im Gesetze des heurigen Jahres auch die Bestimmung enthalten sei, falls dieses versagt, müßte zum alten System zurückgekehrt werden. Verehrte Herren! Ich kann schon sagen, es hätte das Gesetz besser sich abwickeln können und sollen, aber von einem vollständigen Versagen kann nicht die Rede sein. Und dann war ja dieses Gesetz, wie Herr Abgeordneter G s ö l l e r — ich bitte um Entschuldigung, daß ich auch Ihren Namen anrufe, ich tue es nur aus Höflichkeit — bemerkte, nur für zwölf Monate berechnet. Wenn die Ablieferung innerhalb dieses Zeitraumes versagt, dann müßte zum alten System zurückgegriffen werden, wenn es aber den Zweck erfüllt hat, dann ist Vorfrage zu treffen, wie weiter diese Frage zu regeln ist. Und vor dieser Tatsache stehen wir jetzt. Das Gesetz hat den Zweck erfüllt, die Fleischversorgung ist schlecht und recht (Rufe: „Schlecht!“), doch vorhanden gewesen. Ja, meine Herren, sind Sie so naiv, zu verlangen, daß in einem Jahre alle Folgen des Krieges und die ungemein heftige Requirierung aufgehoben sein wird, so daß die Fleischversorgung glänzend sein kann? (Widerspruch.) Wo ist da Ihre Kenntnis von der Nationalökonomie, Herr L e i c h n e r? (Heiterkeit.) Wenn unsere Stallungen entleert sind, dann muß man zufrieden sein, wenn wir recht und schlecht vorwärts kommen, da kann von einer glänzenden Versorgung billigerweise nicht die Rede sein. (Zwischenruf des Abgeordneten L e i c h n e r.) Da

sehen Sie, daß ich ehrlich bin. Nun, meine Herren, das Gesetz hat seinen Zweck erfüllt, die Fleischversorgung ist möglich gewesen und hat auch den zweiten beabsichtigten Zweck erfüllt, daß sich die Viehbestände vermehren konnten, und insolgedessen die weiteren Schritte möglich sind und der weitere Zweck möglich ist und das hat auch den dritten Zweck erreicht. Bitte diesen Zweck nicht zu übersehen, Herr G fö l l e r ! Nun, meine Herren ! Belebten es die Herren Sozialdemokraten von der Lebensmittelfeuerung zu sprechen, und zwar ausschließlich n u r v o n der Lebensmittelfeuerung, als ob es nicht auch andere gäbe. Wenn Sie den „Arbeiterwille“ durchblättern, finden Sie auch von Zeit zu Zeit eine Gegenüberstellung der Löhne der Arbeiter mit den Lebensmittelpreissteigerungen, die Lebensmittelpreise und die Steigerung der Arbeitslöhne, daraus wird das Mißverhältnis konstruiert. Aber niemals noch hat man im „Arbeiterwille“ gefunden eine Gegenüberstellung der Preise für Leinwand, Schuhe, Industrieartikel u.dgl. gegen früher. (Lebhafter Widerspruch der Sozialdemokraten.) Das verschweigt man geflissentlich. (Lebhafter Widerspruch.) Wenn man von der Lebensmittelfeuerung den Leuten vorredet, muß man auch so ehrlich sein und zugestehen, daß auch eine Verteuerung der Industrieartikel stattgefunden hat, sonst betreibt man Volksverhöhnung. Unter der Teuerung der Industrieartikel leidet der Bauer empfindlich, und zwar so, daß er mit einem einzigen Stück Vieh, das ist im Jahr die Einnahme eines mittleren Besitzers, nicht einmal seine Familie mehr kleiden kann. (Rufe : „Sehr richtig !“) Wo sind die anderen Auslagen ? Der Bauer hat nicht nur mit einer 40- und 50fachen Erhöhung zu rechnen, sondern mit einer hundert- bis fünfhundert- und tausendfachen Erhöhung. (Zustimmung bei den Christlichsozialen. — Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Die Haupteinnahmequelle des Bauern ist das Vieh und, wenn diese Haupteinnahmequelle des Bauern so tief unter den sonstigen Preissteigerungen steht, dann muß er naturgemäß an den Abgrund kommen und, wenn Sie ein wenig da herumwandern, dann werden Sie finden, daß eine große Anzahl von Bauern heute wieder verschuldet ist, und zwar Bauern, die sparsam und fleißig sind und arbeiten von dem ersten Morgen grauen bis zur späten Abenddämmerung, die genügsam sind und trotzdem mit ihren Einnahmen nicht herumkommen können. Das sind vor allem die Gebirgsbauern. Ein großer Teil derselben ist schon heute wieder verschuldet, ob Sie es glauben oder nicht, es ist Tatsache. Auch kleinere und mittlere Besitzer am flachen Lande stecken wieder im alten Schuldenesende darin. So ist die Wirklichkeit. Wenn Sie von der Teuerung

sprechen, möchte ich Sie bitten, nicht nur von der Lebensmittelfeuerung zu sprechen, sondern von der allgemeinen Teuerung und, wenn Sie darauf sinnen, die Lebensmittelpreise nieder zu halten, so möchte ich Sie bitten, darauf zu sinnen, auch die Erhöhung der Industriepreise zurückzuhalten ; denn nur dann kann der Bauer bestehen. Sie bringen aber die Ausrede, daß die Industriepreise nur zufolge der Steigerung der Lebensmittelpreise in die Höhe gingen. Ich habe schon einmal gesagt : erwiesenermaßen steigen die Industriepreise fort und fort, auch die Löhne werden fort und fort in die Höhe getrieben, selbst dann, wenn die Lebensmittelpreise die gleichen bleiben. Das ist eine Tatsache, die nicht weggeleugnet werden kann. Nun möchte ich, damit Ihre Reden auf mich künftig Eindruck machen, daß sie aus dem wirklichen Mitgefühl, aus der Not des Volkes hervorgegangen sind und nicht aus Parteiinteresse und Politik, möchte ich bitten, trachten Sie der Not des ganzen Volkes gerecht zu werden und ein billiges Urteil und eine wohlwollende Überlegung auch der Not dem Bauernstande gegenüber entgegen zu bringen. Dann, meine Herren, werden wir uns in diesem Bestreben zu gemeinsamer, ruhiger Aussprache finden und nur dort, wo dieser Wille vorhanden ist, frei von jeder Parteipolitik, nur dort können wir zum Wohle des ganzen Volkes etwas schaffen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Christlichsozialen.)

Abgeordneter Kaspar : Hohes Haus ! Nachdem auch mir Gelegenheit geboten ist, hier im hohen Hause meine Meinung zu vertreten und zu äußern, so werde ich so frei sein, dieses auch zu tun. Ich bin ein Neuling, wie die meisten wissen werden. Meine Herren ! Als Mitglied des Finanzausschusses werde ich selbstverständlich für das Budgetprovisorium stimmen. Warum, brauche ich wohl nicht zu erwähnen, nachdem von den verschiedenen Rednern dies zur Genüge bewiesen und erörtert wurde. Ich bin Bauer und Landwirt. Wenn ich noch weiter eingehe auf die Vorredner der Christlichsozialen und Bauernbündler, so muß ich staunen über die Herren, welche nicht Bauern sind, wie genau sie die Verhältnisse der Bauern kennen. Ich möchte hindeuten darauf, daß die bäuerlichen Verhältnisse wohl besser studiert werden sollten in der jetzigen Zeit. Ich glaube, es geschieht das leider sehr wenig. Ich möchte auch auf eine Bemerkung, die gefallen ist, zurückkommen, daß für den Bauernstand, für agrarische Zwecke viel mehr verwendet wird und für die konsumierende Bevölkerung weniger geschieht. Ich möchte betonen, daß man heute in erster Linie nur dem Bauer an die Hand gehen und den Bauern unterstützen und ihm helfen soll wegen der Lösung der Ernährungsfrage. Ernährungsfrage heißt es

überall, wenn man hinausgeht in die Welt. Alles übrige steht beiseite. Schauen wir uns die Ernährungsfrage näher an. Wie wird sie behandelt? Dazu gehören Leute, die der Ernährungsproduktion helfen. Schauen wir in die Landwirtschaft und in die Produktionsstätten, die für Ernährungsmittel arbeiten. Schauen wir die Dörfer und Bauernhöfe an, wie schwer dort die Leute arbeiten. Wenn nebenbei eine Fabrik steht, so sehen wir, daß nach achtfündiger Arbeitszeit der Tag vorübergeht und abgeblasen wird. Der landwirtschaftliche Arbeiter arbeitet aber noch weiter auf dem Felde. Da möchte ich Ihnen das Gefühl vorführen der Bauern und Arbeiter. Die sagen, die Bauern sind frei und wir Arbeiter sind unterjocht. Und wenn man fragt, warum gehen Sie zur Industrie, so heißt es, es ist alles recht schön, es ist rentabler, Arbeiter zu sein. Es ist alles recht schön, mein Lieber, bei Bauern hast Du Verdienst und hast so viel zu essen als Du brauchst und wirst auch in der Bekleidung unterstützt. Dann heißt es, es ist alles recht schön, das Essen werde ich mir schon verschaffen. Und so haben wir bei der Ernährungsfrage meist nur minderwertige Leute, sehr wenige rentable Arbeiter. Ich muß feststellen, in meinem Bezirke ist es so, daß es Bauern gibt, die sich mit dem Gedanken fragen, ich werde nur das bebauen, was ich mit der Frau und mit den Kindern bearbeiten kann, alles übrige werde ich brach liegen lassen. Was werden wir aber dann sagen, wo werden wir dann die Ernährungsfrage lösen? Im Gegenteil, die Ernährungsfrage wird noch schwieriger werden, wenn man den Bauern mit allem möglichen Zwang und mit Höchstpreisen belegt und, wenn man die Zwangswirtschaft einführt, dann hört sich die Landwirtschaft überhaupt auf. Wir werden dann die Erfahrung machen müssen, daß wir eines schönen Tages überhaupt keine Lebensmittel haben. Täuschen Sie sich nicht, es wird von Sozialisierung gesprochen. Es ist technisch festgestellt, daß wir aus unserem jetzt bestehenden Grund und Boden mindestens 60 bis 70 Prozent herausproduzieren können. Nachdem aber keine Arbeitskräfte da sind, so wird es notwendig sein, daß wir uns mit dem Gedanken fragen, den Arbeitermangel zu beheben durch irgend einen Modus, den wir schaffen, damit der Landwirt auch Arbeitskräfte hat. Wir dürfen nicht nur vom Bauern immer nur nehmen und immer nur verlangen, daß er abliefern soll. Es müssen auch Kräfte geschaffen werden. Da wird keine Maschine helfen, wenn wir nicht Arbeitskräfte beistellen, und es wird daher am Platze sein, sich davor zu hüten, in landwirtschaftlichen Arbeiterkreisen so einzuwirken, daß schließlich und endlich auch diese Leute uns entzogen werden und zur In-

dustrie übergehen. Das möchte ich festgelegt haben, die Arbeiterfrage wird eine der wichtigsten sein, die wir zu behandeln haben, damit der Bauer aus der Schlamassik, in der er sich befindet, sich noch herausarbeiten kann. Es muß dafür gesorgt werden, daß man auch wirklich Arbeiter beistellt und daß man die Möglichkeit schafft, wirklich Lebensmittel zu produzieren. (Beifall.)

Landesrat **Prisching**: Hohes Haus! Es ist seitens mehrerer Herren Redner bekriftelt worden, daß der Voranschlag nicht rechtzeitig eingebracht wurde. Wenn darin ein Tadel liegen soll, so kann er mich persönlich nicht treffen. Ich bin nicht derjenige, der ihn fertigstellen kann. Meine Tätigkeit besteht darin, daß ich die Beamten des Landes entsprechend instruiere und beauftrage, den Landesvoranschlag fertigzustellen. Wenn ein Tadel ausgesprochen werden sollte, so müßte dieser sich gegen die Landesbeamten richten. Ich möchte aber auch diese Herren in Schutz nehmen und auf die Gründe hinweisen, warum eine Verzögerung in der Fertigstellung des Voranschlages eingetreten ist. Die Gründe sind folgende: In der Kriegszeit waren sehr viele Beamte einberufen und es wurden mit den zurückgebliebenen Kräften nur die allernotwendigsten Arbeiten fertiggestellt, es sind große Rückstände zurückgeblieben und diese mußten in der letzten Zeit aufgearbeitet werden. Das ist die Ursache, warum der Voranschlag nicht rechtzeitig fertiggestellt werden konnte. Ich habe übrigens nicht verabsäumt, den Beamten strengstens einzuschärfen, den Voranschlag ehestens fertigzustellen. Wenn Sie etwas näheres wissen wollen, dann bitte sich bei den Landesbeamten selbst zu erkundigen, sie werden Ihnen Sachen sagen, die ihnen nicht gefallen haben.

Der Herr Bürgermeister **Muchitsch** hat gesagt, daß seine Partei für das Budgetprovisorium stimmen wird. Er hat aber auch betont, daß daraus kein Vertrauensvotum gegen meine Partei oder für mich herausgelesen werden könnte. Das erwarte ich nicht. Würden Sie erklären, daß darin ein Vertrauensvotum für mich gelegen ist, so käme ich in Verlegenheit, weil dann meine Leute sagen würden, ja ist denn der Dechant **Prisching** auch in das rote Lager übergegangen? Das brauche ich nicht. Der Herr Abgeordnete **Muchitsch** hat auch die schlechte Finanzlage des Landes zur Sprache gebracht. Er hat über den Abgang, der vorhanden ist, gesprochen, er hat aber nicht dabei ausgesprochen, daß vielleicht die schlechte Finanzwirtschaft an dem Abgange schuld sei, vielleicht denkt er sich das auch nicht; aber die Öffentlichkeit könnte herauslesen, daß die schlechte Finanzverwaltung an dem großen Defizit des Landes die Schuld trage. Wenn

jemand dieser Meinung wäre, so möchte ich gründlich diese Meinung richtigstellen. Das große Defizit des Landes ist damit zu erklären, daß die Ausgaben des Landeshaushaltes in ungeheurem Maße gestiegen sind, entsprechend den hohen Preisen, daß aber die Einnahmen des Landes im großen und ganzen die gleichen geblieben sind, wie in der Vorkriegszeit. Nun werden Sie sagen, da müssen Sie eben für bessere Einnahmen sorgen, für Steuerquellen und neue Einnahmequellen. Das ist leicht gesagt, aber nicht durchführbar aus dem Grunde, weil die Abgrenzung der Steuerhoheit zwischen Bund und Ländern nicht gemacht ist. Es ist die Verfassung nicht fertiggestellt, es ist noch nicht gesagt, welche Steuern dem Lande vorbehalten bleiben und welche dem Bunde. Und so lange dem Lande nicht gesagt wird, welche Steuern es für sich in Anspruch nehmen kann, können keine neuen Einnahmequellen geschaffen werden. (Abgeordneter M u c h i t s c h: „Da sollen sich eben Ihre Parteigenossen beeilen. Wenn Sie die Verfassung nicht verschleppt hätten, so wäre sie früher zustande gekommen!“) Ich meine, daß gerade Ihre Partei es gewesen ist, die zwei Jahre die Regierung in Händen gehabt hat. Ihre Partei hätte die Gelegenheit gehabt, die Verfassung fertigzustellen. Man kann nicht in einigen Wochen das Kunststück fertig bringen, das Ihre Partei in zwei Jahren nicht fertig gebracht hat. Wer hat die Herde geführt, doch der berühmte Wolfshund. Sie wissen doch die Geschichte von der „Arbeiterzeitung“. Übrigens verweise ich darauf, daß unsere Partei immer darauf bestanden und verlangt hat, daß die Verfassung fertig gemacht werden soll. Unsere Parteifreunde sind so weit gegangen, daß K u n s c h a k erklärt hat, daß die Vermögensabgabe nicht kommen wird, wenn nicht die Verfassung fertig gestellt wird. Mehr konnten wir nicht tun. An uns ist es wirklich nicht gelegen, wenn die Verfassung nicht fertiggestellt worden ist. Wir haben alles gemacht, um die Verfassung zum Abschlusse zu bringen. Das ist die Hauptursache des großen Defizits, daß die Verfassung nicht fertiggestellt war und daß die Abgrenzung der Steuerhoheit zwischen Bund und Land nicht gemacht wurde und daß daher das Land nicht in der Lage ist, neue Steuerquellen zu schaffen. Der Herr Abgeordnete M u c h i t s c h hat auch weiters davon gesprochen, daß die besitzenden Klassen mehr besteuert werden sollen. Der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. A h r e r hat ihm bereits geantwortet. Ich meine, wenn er die besitzenden Klassen der Kriegsgewinner und Schieber gemeint hat, so kann ich das hohe Haus versichern, daß wir von der christlichsozialen Partei sehr gern, so weit unsere Partei zu reden hat, ein Gesetz gemacht hätten

zur Besteuerung der Kriegsgewinne, daß es aber nicht erlaubt war, weil die Verfassung nicht fertig war und weil das Staatsamt erklärt hat, daß es diese Steuer sich vorbehält. Wenn weiters die Behauptung aufgestellt wurde, daß die bäuerliche Bevölkerung zu wenig Steuern zahlt, dann möchte ich nur darauf erwidern, daß die bäuerliche Bevölkerung gleich hoch, ja in Wirklichkeit höher besteuert ist, als die anderen Klassen. Das geht auch aus dem Budgetprovisorium hervor, aus dem wir ersehen, daß die Grundsteuer höher ist, als die anderen Steuern. Aber die Bauern zahlen auch noch viele indirekte Steuern und die Viehablieferung, wo sie das Vieh um 15 bis 20 K pro Kilogramm abliefern müssen, während der Marktpreis 40 bis 50 K beträgt, ist nichts anders als eine schwere Besteuerung des Bauernstandes. In Zukunft wird es nicht besser sein, weil die Absicht besteht, daß von den bäuerlichen Besitzern, die nicht abgeliefert haben, die Rückstände in Geld hereingebracht werden sollen. Diese Geldbeträge werden sehr hoch sein und sie sind nichts anderes, als eine Besteuerung des Bauernstandes. Der Herr Bürgermeister hat weiters gemeint, daß für die bäuerlichen Kreise zu viel Geld ausgegeben werde. Dagegen muß ich mich verwahren. Ich bin überzeugt, daß die bäuerliche Bevölkerung bei den Ausgaben benachteiligt ist. Wir werden hier Zahlen vorbringen. Ich verweise da nur, daß die 49 Millionen Kronen, welche seitens des Landes Steiermark für die Verbilligung des Fleisches ausgegeben wurden, eine Ausgabe waren, rein nur zu Gunsten der konsumierenden Bevölkerung. Die bäuerliche Bevölkerung hat gar nichts davon gehabt. Von der Brotsteuer will ich nur nebenbei sprechen. Aber ich will nur darauf hinweisen, daß die schwersten Ausgaben, die das Land beinahe erdrücken, nicht den Bauern zugute kommen, sondern andern Kreisen. Das Landes-Krankenhaus in Graz und die Krankenhäuser am Lande verursachen so ungeheure Auslagen, so daß wir vor der Frage stehen, ob wir die Krankenhäuser überhaupt weiterführen sollen. Wer genießt die Wohltaten dieser Anstalten? Gewiß sind bäuerliche Parteien darunter. Aber die große Mehrzahl sind nicht bäuerliche Kreise. Es soll das kein Vorwurf sein; denn es ist ja unsere Pflicht, allen Bevölkerungskreisen zu helfen. Aber ich möchte nur konstatiert haben, daß die Bauern von diesen schweren Lasten, die das Land trifft, den allerkleinsten Vorteil haben.

Ich will noch erwähnen, daß der Herr Abgeordnete M u c h i t s c h herangezogen hat, obwohl es nicht herein gehört, das beabsichtigte Anlehen von 300 Millionen Kronen. Herr Abgeordneter M u c h i t s c h hat erwähnt, daß 200 Millionen Kronen für den Ausbau der Wasser-

kräfte verwendet werden sollen. Nun ich frage, wer hat von dem Ausbau der Wasserkräfte den allergrößten Nutzen? Ist das die landwirtschaftliche Bevölkerung? Das ist doch in erster Linie die Industrie und die Arbeiterschaft. Die weitaus größte Pfort würde also nicht den bäuerlichen Kreisen zugeschoben werden. Wo kann man also von Bevorzugung bäuerlicher Kreise sprechen? Ich möchte im Gegenteil behaupten, daß die bäuerlichen Kreise benachteiligt sind. Bei dieser Gelegenheit möchte ich auch nicht unterdrücken, daß die Art und Weise, wie der Herr Bürgermeister über das Landesanlehen gesprochen hat, mir nicht gefallen hat. Ich habe das Gefühl, daß unser Anlehen durch die Worte des Herrn Bürgermeisters diskreditiert wird; und ich bin der Meinung, daß der Vertreter der Stadt Graz gar keinen Grund hätte, dem Lande Steiermark nur die geringste Schwierigkeit zu machen. Es ist der Hauptstadt Graz in jeder Weise behilflich gewesen, wo es sich darum gehandelt hat, daß die Stadt das Anlehen aufnimmt. Sie hat 120 Millionen Kronen aufgenommen. Das ist gut gegangen und wir haben mitgewirkt. Das Land Steiermark hat aus Rücksicht für die Stadt Graz, damit der Anlagemarkt nicht beschwert wird durch eine doppelte Anleihe, so lange gewartet, bis die Stadt Graz mit ihrer Anleihe untergekommen ist. Der zweite Dienst war der, daß das Land für die Anleihe haftet. (Abgeordneter Regner: „Das ist auch Pflicht des Landes.“) Ich meine, für diese Dienste hätte das Land Steiermark besser angesehen werden sollen (Widerspruch) und ich hätte erwartet und habe die feste Meinung, daß es nicht ganz richtig ist, von Seite der Vertretung der Stadt Graz unserer Landesleihe gewisse Schwierigkeiten zu machen. Das möchte ich auf die Ausführungen des Herrn Bürgermeisters Muchitsch gesagt haben.

Einige Bemerkungen möchte ich noch machen gegenüber den Äußerungen des Herrn Abgeordneten Gschler. Ein Teil dieser Ausführungen ist bereits besprochen worden. Er hat darauf hingewiesen, es sollen nicht die Kriegsgewinner mit billigem Fleisch gemästet werden. Das, was der Herr Abgeordnete Jenz verlangt hat, werden wir durchführen und haben wir auch durchgeführt. Ich will nicht alles so genau sagen, wie die neue Viehaufringung aussieht. Der Vorschlag unserer christlichsozialen Partei war, daß wir darauf bestanden sind, daß bei der neuen Fleischzuweisung eine Staffelung eintreten soll, daß die Kriegsgewinner, daß die Reichen und die Vermögenden mehr zahlen sollen und die Armeren geringere Preise bezahlen. Es wird beklagt, daß die VI. Rangsklasse angenommen wird, daß dort die Staffelung beginnt.

Ich möchte befürworten, daß die VIII. Rangsklasse dafür genommen wird und daß bei dieser angefangen wird. Ich glaube, daß man das Einkommen eines Beamten der VI. Rangsklasse annehmen kann, wenn es auch nicht auf das eines Kriegsgewinners heranreicht. Man war aber der Meinung, daß man bei einem Einkommen der VIII. Rangsklasse einsetzt. Man hat also die Grenze herabgesetzt. Wir haben das Prinzip eingehalten und halten es ein, daß der Reichere das Fleisch teurer zahlen soll und daß der Arme das Fleisch billiger bekommen soll. Wenn von der Aufhebung der Zentralen gesprochen wurde und gesagt worden ist, daß sich das System des Herrn Abgeordneten Jenz nicht bewährt hätte, so wiederhole ich, der Zweck dieses Viehaufringungsgesetzes, das Herr Abgeordneter Jenz vorgelegt hat, ist nicht der gewesen, die Leute in Zwang zu halten, der Zweck war der, die Bevölkerung mit Fleisch zu halbwegs annehmbaren Preisen zu versorgen, und dieser Zweck ist auch erreicht worden. Es war nicht damit der Zweck verbunden, die Leute fortwährend unter den Zwang der Zentralen zu stellen. Es war nur der eine Zweck, der Bevölkerung entsprechend Fleisch zu geben und dieser Zweck ist auch erreicht worden. (Abgeordneter Regner: „Aber nicht überall!“) Es ist nun gesagt worden vom Herrn Abgeordneten Regner, der ein bißchen zu früh gerufen hat, daß der Zwang nicht überall gleich durchgeführt wird. Demgegenüber kann ich nur versichern, daß das Gesetz für die Viehaufringung recht strenge gehandhabt wurde und daß es für die Bauern geradezu Strafen gerechnet hat. Es ist selbstverständlich vorgekommen, daß gegen ungerechte Verfügungen rekurriert wurde und wenn ein solcher Rekurs gerechtfertigt war, habe ich allerdings den Leuten selbst geholfen und bin ihnen mit Rat und Tat an die Hand gegangen, wenn sie ungerechtfertigt verurteilt worden sind. Die Leute sind doch in der Schreibung nicht so sehr bewandert. So ist es geschehen bei einem Bauern in der Nähe von Kindberg, der gezwungen wurde, die Milch von Herzogberg jeden Tag umsonst herunter zu tragen und für den Weg, zwei Stunden herunter und zwei Stunden hinauf, nicht einen Heller Entlohnung bekommen hat. Ich möchte nur wissen, was die Leute Ihrer Partei sagen würden, wenn man von ihnen das verlangen würde, und verlangen würde, daß der Arbeiter umsonst arbeitet. Die würden sich dafür bedanken. (Zwischenruf: „Es gehen viele zwei Stunden zur Arbeit.“) Der Arbeiter erhält dafür eine schöne Bezahlung. Der Mann soll aber den Weg rein umsonst machen. Wie dieser Bauer von der Behörde verurteilt wurde, da habe ich selbst ihm geholfen.



weil es nicht angeht, daß ein Unschuldiger gestraft wird. Ich kann nicht behaupten, daß der gleiche Zwang von den Behörden gegenüber Angehörigen Ihrer Partei ausgeübt worden sei. Ich habe nicht bemerkt, daß irgend ein besonderer Zwang auf die Eisenbahner ausgeübt worden ist, wenn sie gestreikt und alles gehemmt haben. Mindestens ist mit demselben Wohlwollen als die bäuerliche Bevölkerung auch die Arbeiterbevölkerung behandelt worden. Es ist von Seite des Herrn Abgeordneten Gföllner geschildert worden, daß in der Fleischversorgung eine Änderung eintritt. Ich glaube, in diesem Punkte haben wir Christlichsoziale mehr getan als die Sozialdemokraten. Warum? Unser oberster Grundsatz ist, die Bevölkerung mit Fleisch zu versorgen, und zwar mit billigem Fleisch. Wie soll das gemacht werden? Im abgelaufenen Jahre war es noch möglich, die Ablieferung nach dem vom Herrn Abgeordneten Zenz eingebrachten Ablieferungsgesetze durchzuführen und Fleisch zu verschaffen. Wir haben uns aber inzwischen überzeugt — und die Umstände und Tatsachen sprechen eine laute Sprache —, daß dieser Zwang sich nicht mehr weiter aufrechterhalten läßt. Wenn wir weiter darauf bestehen und den Zwang weiterführen würden, dann würde die Bevölkerung kein Fleisch mehr haben. Damit dieser Fall nicht eintritt, müssen wir einen Übergang schaffen, einen Übergang, von dem schon früher die Rede gewesen ist. Ich behaupte, daß die Herren der sozialdemokratischen Partei sich nicht die Mühe genommen haben, uns zu sagen, wie auf bessere Weise ein Übergang geschaffen werden soll. Sie haben nur gesagt, das ist schlecht, aber sie haben nicht gesagt, wie es besser gemacht werden soll. Mit dem bloßen Kritizieren ist für die Bevölkerung nichts getan, sie müssen konkrete Vorschläge bringen. Solche hat die Partei nicht gebracht. Diese sind nur von unserer Seite ausgegangen, und deshalb ist es richtig, wenn ich behauptet habe, daß unsere Partei mehr getan hat als die Ihrige. Ich eile zum Schluß.

Ich habe die feste Überzeugung, daß die Finanzverwaltung nach bestem Wissen und Gewissen gearbeitet hat, und wenn die Finanzlage des Landes trotzdem keine günstige ist, so sind die möglichen Zeitverhältnisse schuld und deshalb bitte ich um die Annahme des Antrages. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Christlichsozialen.)

Landesrat **Machold**: Es war nicht meine Absicht, in die Debatte einzugreifen und unnötigenderweise in vorgerückter Stunde die Verhandlung in die Länge zu ziehen. Aber eine Äußerung des Herrn Abgeordneten Zenz zwingt mich dazu. Der Herr Abgeordnete

Zenz hat gegenüber dem Herrn Abgeordneten Gföllner erklärt, wenn er Wert darauf legt, daß seine Äußerungen ernst genommen werden, müsse er nicht aus politischen Erwägungen sprechen, sondern die Not der gesamten Bevölkerung in Rücksicht ziehen. Ich weiß nicht, was den Herrn Abgeordneten Zenz dazu veranlaßt hat, zu der Annahme, daß diese Voraussetzung bei den Ausführungen des Kollegen Gföllner nicht gegeben waren. Auf mich haben die Ausführungen des Kollegen Gföllner einen ruhigen und sachlichen Eindruck gemacht und es ist mir nicht vorgekommen, daß die allgemeine Not ihm weniger am Herzen gelegen wäre, als dem Herrn Pfarrer Zenz. Im übrigen haben die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Zenz, mit dem ich sonst sachlich oft übereingestimmt habe, den Eindruck gemacht, daß auch er das Bestreben hat, seinen Teil zur Regelung der schwierigen Verhältnisse beizutragen, daß aber seine Idee, die er seinerzeit mit viel Geschick und Ernst vertreten hat, offensichtlich vor jedermanns Augen zusammengebrochen ist. Es ist kein Zweifel, daß sich die vom Herrn Abgeordneten Zenz seinerzeit eingebrachte Vorlage, betreffend die Neuregelung des Viehverkehrs, nicht bewährt hat, und es ist kein Zweifel, daß dieses Kontingenzsystem nicht an der Überzeugung des Herrn Pfarrers Zenz, sondern an den persönlichen Eigenschaften der von ihm vertretenen Klassen zusammengebrochen ist. Herr Pfarrer Zenz hat geäußert, daß jeder, der seine Äußerungen gehört und seine Reden gelesen hat, gern abliefern wird. Er hat sich aber eines anderen überzeugen müssen. Wenn gesagt wird, daß die Hauptsache doch durchgeführt worden ist, daß die Bevölkerung, ob gut oder schlecht, doch Fleisch bekommen hat, so muß ich darauf hinweisen, daß wir fleischlose Wochen gehabt haben. Dies ist der beste Beweis, daß das Kontingenzsystem das nicht gehalten hat, was sich Pfarrer Zenz davon versprochen hat. Aus einer Aufstellung kann entnommen werden, daß der Zustand an Kontingenzvieh aus dieser Art 800.000 Kilogramm Fleisch umfassen wird. Das sind Ziffern, die mehr beweisen, als die Ausführungen des Herrn Pfarrers Zenz. Ich muß feststellen, daß wir für dieses System nicht eintreten. Wir sind für die Zentrallieferung nicht deshalb, weil wir dafür einen besonderen Geschmack und Vorliebe haben, sondern nur deshalb, weil wir im Interesse der gesamten Bevölkerung die Auffassung auch heute noch teilen, daß wir noch nicht so weit sind, um von der Zentralbewirtschaftung Abstand nehmen zu können, da sich alles andere nicht bewährt hat und auch das System des Überganges sich nicht bewährt hat. Es ist alles maßlos teuer geworden und das alles

veranlaßt uns, die wir eine Partei sind, die die Haupt-sorge zu fragen hat, für die darbenenden Schichten der Bevölkerung, darüber nachzudenken, was das Beste ist, das man anwendet. Und nachdem wir der Überzeugung sind, daß es vorderhand zu einer Abänderung dieses Systems nicht kommen kann, haben wir uns für den neuen Vorschlag nicht ausgesprochen.

Nun hat Herr Abgeordneter Jenz nebst der, wie ich überzeugt bin, vollständig falschen Beurteilung der Ausführungen des Herrn Abgeordneten Gsöllner, Äußerungen gemacht, auf die ich einiges erwidern möchte. Er hat auch und ich glaube, daß es nicht sachlich ist, sondern mehr seiner Auffassung über Demagogie, Ernst, Tragik und Spatz entspringt, die Sache so herausgebracht, als ob wir Sozialdemokraten nahezu eine Bauernpartei wären. Er hat zu meiner Überraschung erklärt, daß die Bauern, die den Sozialdemokraten angehören, nicht abgeliefert haben. Ich muß gestehen, es würde mich interessieren, die Namen der Sozialdemokraten zu erfahren, die in der Lage sind, etwas abzuführen. Ich glaube, es muß sich da um eine Täuschung des Herrn Abgeordneten Jenz handeln, oder daß er von einer Seite unrichtig informiert ist. Wenn Herr Abgeordneter Jenz behauptet, daß wir nur die Teuerung der Lebensmittel herausgreifen, während wir an der Teuerung aller anderen Bedarfsartikel vorübergehen, so täuscht er sich. Obwohl der Herr Abgeordnete den „Arbeiterwille“ angezogen hat, so ist er doch kein gewissenhafter Leser des „Arbeiterwille“. Ich würde ihm empfehlen, den „Arbeiterwille“ täglich zu lesen, denn dann würde er finden, daß wir über die Teuerung aller anderen Artikel, Leinewaren, Schuhe, Textilwaren usw. immer Klage geführt haben. Es ist vollständig unzutreffend, wenn uns vorgeworfen wird, daß wir nur einseitig vorgehen. Das möchte ich richtiggestellt wissen.

Ich bitte, sehr Geehrte, sind wir ganz offen! Wenn an uns appelliert wird, wir sollen nicht nur die Not in unseren Reihen sehen, sondern auch die Not bei anderen Kreisen, so müssen wir die Frage aufwerfen, wenn wir auch anerkennen, daß auch unter den Bauern sehr bedürftige, arme Leute sind, so müssen wir uns fragen, wo haben wir es zuerst notwendig, daß wir helfen, wo ist die Not am größten? Und wenn Sie diese Frage stellen und beantworten wollen, dann werden Sie nicht behaupten können, daß die Not bei den Bauern größer und bei den Festbesoldeten und Arbeitern kleiner ist. Wenn ich die Not lindern will, dann muß ich dort anfangen, wo sie am größten ist, bei den städtischen Konsumenten und bei den Industriearbeitern. Wenn den Bauern auch viele Artikel fehlen

in der Landwirtschaft, wenn er seine Pflüge, Sicheln und Sensen usw. auch teuer und zu teuer bezahlen muß, so muß doch das Entscheidende sein: Der Bauer kann mit diesem schlechten Pfluge, mit seiner schlechten Sichel und schlechten Hacke noch weiterleben, zwar schlecht, aber er wirtschaftet. Aber der städtische Arbeiter kann ohne Lebensmittel nicht weiterarbeiten. Wenn man die Wirtschaft wieder aufbauen will, so muß er das erhalten, was ihn zur Arbeit kräftigt, man muß ihn entsprechend ernähren. Und schauen Sie sich die Ernährungsverhältnisse in der Arbeiterschaft und bei den Festbesoldeten an. Glauben Sie, daß die Verhältnisse hier mit der Lebenshaltung der Bauern zu vergleichen sind? Schauen Sie nach, von was der Arbeiter lebt, was er bekommt; von einem Viertel Kilogramm Mehl in der Woche soll er existieren. Was würden die Bauern sagen, wenn sie bei diesen Lebensmitteln überhaupt noch weiterarbeiten sollten? Und deshalb sind alle Ihre Theorien Trugschlüsse. Es ist nicht richtig, daß die Lebensmittelteuerung das Darauf-folgende ist auf die Erhöhung der Industrieprodukte. Das Umgekehrte ist der Fall. Und ich sage, wenn es nicht gelingt, die Lebensmittelpreise herunterzudrücken, so werden wir der Teuerung niemals beikommen können. Wenn Sie ernstlich und aufrichtig die Wiederaufrichtung unserer Wirtschaft haben wollen, so werden Sie auch das schwere Opfer auf sich nehmen müssen, die Lebensmittelpreise herunterzusetzen. Das möchte ich zu dieser Frage gesagt haben, die hier bei diesem Punkte ja nicht ernstlich und bis in ihre letzten Konsequenzen erörtert werden soll.

Nun, meine Herren, noch einige kurze Bemerkungen zu den Ausführungen meines Herrn Kollegen Prising. Ich teile nicht seine Auffassung, daß durch die Äußerungen des anderen Redners unserer Partei Muchitsch unsere Anleihe gefährdet werden könne. Im Gegenteil, es diskreditiert nichts mehr eine Anleihe, als wenn ein größerer Kreis der Bevölkerung nicht weiß, was damit beabsichtigt ist. Volle Offenheit darüber, von wem man entleihen will, was man mit dem Gelde machen will, was bedeckt werden soll, das ist die beste Garantie, daß eine solche Anleihe in der Öffentlichkeit Anklang findet. Und wenn der Versuch unternommen wird, eine solche Anleiheaufklärung später in der Debatte herbeizuführen, so kann das eine solche Anleihe absolut nicht schädigen. Das wollte ich ganz kurz zu diesem Punkt gesagt haben.

Es ist auch nicht zutreffend, Herr Abgeordneter Jenz, das möchte ich bemerken, daß unsere Parteigenossen, wenn man auf sie einwirkt, daß abgeliefert wird, das nicht tun. Wir haben eine Gemeinde,

Pölsing-Brunn, dort ist ein Sozialdemokrat Bürgermeister und es ist merkwürdig, daß diese Gemeinde die erste und einzige war, die ihr Kontingent zeitgerecht abgeliefert hat. Sie können daraus sehen, daß wir, wo es möglich ist, auch auf unsere Kreise Einfluß nehmen.

Schließlich, sehr geehrte Damen und Herren, noch eine Feststellung. Wenn aus den Ausführungen einiger Herren Vorredner hervorgehen sollte, daß wir dadurch, weil wir auf Grund des Verhältniswahlrechtes in die Landesregierung eingetreten sind und dort Mandate bekleiden und gewisse Aufgaben erfüllen, wenn daraus hervorgehen sollte, daß wir uns des Rechtes begeben hätten, Kritik zu üben oder daß wir uns des Rechtes begeben hätten, gegen gewisse Vorlagen der Landesregierung zu stimmen, so können wir dieser Auffassung unter gar keinen Umständen beipflichten. Es ist eine alte Forderung unserer Partei, daß wir entsprechend der Stärke unserer Partei in allen Vertretungskörpern vertreten sein müssen. Diese Forderung haben wir auch hier aufgestellt. Es ist einleuchtend, daß die von uns vertretenen Kreise es nicht beargüßeln würden, wenn wir mehr als ein Drittel im Landtag und in allen größeren Verwaltungskörpern sind, wenn wir uns nicht den nötigen Einfluß sichern würden. Das hat aber nicht zur Folge, daß wir alles decken müssen, was die Mehrheit der Landesregierung beschließt. Diese Schlussfolgerung ziehen wir absolut nicht, wir behalten vollständig freie Hand. Wir werden auch für das Budgetprovisorium stimmen, wir werden für alles das, was wir als recht und billig erachten, stimmen, aber wir werden niemals für etwas stimmen, was wir nicht vertreten können. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abgeordneter Gutmann: Hoher Landtag! Auch ich muß daran erinnern, daß ich ebenso wie mein Herr Vorredner zuerst nicht in die Debatte eingreifen wollte. Aber etwas möchte ich dennoch klargestellt haben, und zwar die Angelegenheit bezüglich der Ablieferungspflicht. Sehr verehrte Herren! Ist Ihnen denn nicht bekannt, wie sehr die Ober- und Oststeiermark vom Unwetter heimgesucht wurde? Was sollen denn diese Leute da abliefern? das möchte ich hier vorerst kurz bemerken. Zusammenfassend aus der heutigen Budgetdebatte möchte ich herausgreifen, daß von sozialdemokratischer Seite an uns Forderungen ergangen sind, die wir nicht imstande sind, zu entrichten. Meine Herren! Ich glaube, wir sind weiß Gott schon gedrosselt genug. Wollen Sie diese Schraube noch fester anziehen? dann werden Sie selbst ihre ersten Folgen zu spüren bekommen, Sie werden sich selbst in das eigene Fleisch schneiden. Sie verlangen immer, daß

von den Bauern mehr produziert wird. Wie soll er denn dazu gelangen, eine höhere Produktion hervorzubringen, wenn Sie ihn immer mehr drosseln und knebeln wollen. Das ist ganz ausgeschlossen. Ich möchte von Seite der Bauernschaft an Sie die Ermahnung richten: Trachten auch Sie, die traurigen Zustände in unserer Landesgebarung und in den Landesfinanzen zu beheben. Trachten Sie aber, daß auch die Arbeiterschaft in den Städten und Märkten und Industriezentren den Fleiß aufbringt, den die landwirtschaftliche Bevölkerung aufbringt. Sie verlangen immer, daß wir mehr Fleisch und Getreide abliefern, wir verlangen von Ihnen nur das eine, daß Sie auch Ihre Arbeiter dazuhalten, ihre Arbeit zu leisten. Tagtäglich, wenn man die Zeitungen durchgeht, sieht man da und dort wird nicht gearbeitet, droht wieder ein Streik. Haben Sie das von den Bauern gehört? In keiner Weise! Da möchte ich an Sie den Appell richten: Helfen Sie mit, es liegt in Ihrer Macht, solche Vorgänge, wie sie die letzten Tage zeitigten, beiseite zu schaffen. Ich möchte Ihnen sagen, das ist undeutsch, ein jeder Deutsche hat die Pflicht, mitzuarbeiten, damit wir wieder hochkommen. Aber Sie ringen uns zu Boden.

Abgeordneter Muchitsch: Hohes Haus! Die Ausführungen, die Sie vom Herrn Abgeordneten Machold gehört haben, würden mich zwar entheben, mich gegen den Vorwurf zu verteidigen oder zur Wehre zu setzen, den der Herr Finanzreferent gegen mich erhoben hat. Er hat gesagt, ich hätte nicht schön und unedel gehandelt durch die Ausführungen, die ich über die in Aussicht genommene Anleihe gemacht habe. Nun möchte ich dazu in Kürze folgendes bemerken: Die Stellungnahme meiner Parteigruppe zur Anleihefrage hat schon ein günstiges Ergebnis für die Anleihe gezeitigt, und zwar das, daß diese Anleihe nicht in einem Zusammenhang mit dem Budgetprovisorium gebracht wurde, daß also das verhindert worden ist, daß diese Anleihevorgabe unvorbereitet dem Landtage an den Kopf geworfen wurde. Das wollte ich und wollte damit nichts anderes als was auch der Finanzausschuß gesagt hat, daß eine solche Vorgabe einer gründlichen Vorbereitung bedarf. Es ist auch notwendig, daß diese Vorgabe so rechtzeitig in den Landtag kommen muß, damit auch das Verwendungsprogramm einer gründlichen Prüfung unterzogen werden kann und daß weiters ausgedrückt ist, daß die Anleihe nur für bestimmte Zwecke verwendet werden darf. Wir haben vorgelegt einen Antrag, auf Grund dessen dem Landtag die Ermächtigung erteilt werden soll, eine Anleihe von 300.000.000 K aufzunehmen und als Anhang zu diesem Antrag ist ein Verwendungsplan

vorgelegt worden, über den der Finanzreferent nach seinem Gutdünken verfügen könnte, wenn der Landtag ihn angenommen hätte. Vor allem sollte eine gründliche Vorbereitung der Anleihe vorliegen und eine Vorlage, wie sie vom Landtag zum Beschluß erhoben werden kann, so daß die Anleihe auch die entsprechende Unterlage bekommt. Der Herr Finanzreferent hat gemeint, ich habe dadurch, wenn auch nicht absichtlich, immerhin der Anleihe von vornherein geschadet. Der Herr Abgeordnete **Ma ch o l d** hat schon gesagt, daß das nicht der Fall sei. Ich möchte bemerken, gegenüber den Ausführungen des Herrn Landesrates **P r i s c h i n g**, daß, als die Anleihe der Stadt Graz erledigt war, der Landtag die Haftung übernommen hatte, das Land sich bereit erklärt hatte, auf die Begebung einer eigenen Anleihe zu verzichten, solange bis jene der Stadt Graz untergebracht ist, und als die Nationalversammlung die Mündelsicherheit erklärt hatte und wir dann daran gegangen sind, die Anleihe wirklich zu begeben, im „Grazer Volksblatt“ eine Notiz erschienen ist, in der vom drohenden Zusammenbruch der Stadt Graz geredet wurde. Da hätte ich Ursache gehabt, zu sagen, dadurch wird die Unterbringung der Anleihe der Stadt Graz unmöglich gemacht, es wird der Sache ungeheuer geschadet. Es war dies zunächst meine Auffassung. Ich habe aber nichts zur Notiz weiter gesagt oder unternommen und de facto war die Sache so, daß die Grazer Anleihe trotz dieser Notiz, trotzdem die Leute, die sich für die Anleihe interessierten, war sich an das Geldinstitut gewendet und gefragt haben, unter solchen Umständen kann man die Anleihe nicht nehmen, wenn es heißt, daß die Stadt Graz zusammenbrechen wird, rasend abgesetzt worden ist und darum kann von einer Schädigung der Anleihe in dem Fall, wenn nur über die Art und Weise, wie die Anleihe vorbereitet werden soll, Kritik geübt wird, nicht gesprochen werden. Ich habe gesagt, daß die Anleihe notwendig ist, das man sich ernstlich mit der Anleihe befassen muß und daß wir ohne Anleihe nicht weiter wirtschaften können. Es ist aber richtig, daß derjenige, der das Geld hergeben soll, richtig informiert werden muß, wie die Anleihe verwendet wird, und wenn die Leute sehen, daß die Anleihe ernstlich vorbereitet wurde, so daß man sagen kann, daß sie in jeder Hinsicht auch tatsächlich, sowie angenommen, Verwendung finden wird, dann kann von einer abträglichen Haltung nicht gesprochen werden. Der Herr Finanzreferent **P r i s c h i n g** hat auch über die Anleihehaftung, welche der Landtag für die Anleihe der Stadt Graz übernommen hat, in einem Ton gesprochen, daß ich sagen muß, ich möchte hoffen, daß der Finanzreferent nicht der Mei-

nung ist, daß damit der Stadt Graz eine Gnade erwiesen wurde. Ich hoffe, daß diese Auffassung nicht vorherrscht. (Landesrat **P r i s c h i n g**: „Ein Dienst.“) Kein Dienst, außer Sie sind der Meinung, daß dem formellen Akt eine besondere Bedeutung zukommt. Aber ich anerkenne, daß der Landtag die Haftung übernommen und dazu beigesteuert hat, daß die Angelegenheit so rechtzeitig behandelt wurde, daß er noch die Mündelsicherheit von der Nationalversammlung bekommen hat, so daß es möglich war, die Anleihe zu einem Zeitpunkt unterzubringen, wo es noch günstig gewesen ist. Ich will hoffen, daß die Auffassung des Herrn Finanzreferenten so gewesen ist, und nicht so, als ob ich ihm verpflichtet wäre. Ich fühle mich veranlaßt, in dieser Angelegenheit nicht zu schweigen, damit nicht die Auffassung Platz greift, als ob dies eine besondere Gnade gewesen wäre, dies umso mehr, da nicht nur die christlichsozialen Abgeordneten, sondern alle Abgeordneten für die Übernahme der Haftung, für das Anleihen der Stadt Graz gestimmt haben. Das wollte ich zu den Ausführungen des Finanzreferenten bemerkt haben und will ich mich dagegen verwahren, daß ich etwa eine Schädigung der Landesanleihe durch meine Ausführungen herbeigeführt hätte. Ich habe lediglich daran eine Kritik geübt, wie die Vorbereitung der Anleihe geschehen ist.

Abgeordneter **W i g a n y**: Ich spreche hier zum Unterschied vom Herrn Vorredner als Neuling und möchte feststellen, daß ich die heutige Debatte nicht recht verstehe. Mir scheint es, als ob sehr viel zum Fenster hinausgesprochen worden wäre und sehr viel unter dem Eindruck gestanden hätte, der den meisten schon bekannt sein wird. Ich möchte feststellen, daß es seit der Zeit, als der neue Landtag versammelt ist, nicht zu grundlegenden Arbeiten gekommen ist. Wir wußten sämtliche drei Tagesordnungen der Sitzungen umstoßen und zu neuen übergehen. Mir scheint, das etwas in der Regie nicht klappt. Ich möchte auf einige Punkte, die erwähnenswert erscheinen, zurückkommen. Insbesondere Herr Landesrat **Ma ch o l d** meint, der Landwirt kann auch weiterhin noch mit schlechten Geräten und unvollständigem Betriebsmaterial seine Wirtschaft aufrecht erhalten und sei nur der Staat haftbar, wenn etwas in der Ernährungsfrage nicht in Richtigkeit ist. Das ist kein logischer Schluß, denn die Ernährung ist auf Grund und Boden aufgebaut. Ich meine, es müssen zuerst die Produktionsmittel für die Ernährung vorhanden sein und es ist mir unerfindlich, wie mit herabgebrachtem Betriebskapital und zerlumpten Geräten, die Ernährungsfrage gelöst werden soll. Geben wir uns keiner Täuschung hin, Österreich wird sich nicht zu

einem Industriestaat entwickeln und, wenn es zu einem Aufbau kommen soll, dann müssen sich alle anderen Stände des Staates der Leistungsfähigkeit der Lebensmittelerzeugung anpassen und von diesem Standpunkt aus verstehe ich nicht, wieso eine so kompetente Stelle, wie der Bürgermeister von Graz, den Bauern einen bildungsfeindlichen Hauch entgegengeweht hat und außerdem die bescheidene Einsetzung von 5.000.000 K in das Landesbudget als Vorwurf an den Kopf geworfen hat. Im vorigen Landtag wurde einstimmig beschlossen, auch mit den Stimmen der Sozialdemokraten, daß das Bildungswesen für die bäuerlichen Kreise gehoben werden soll. Es ist nur eigentümlich, daß man dieser Sache nunmehr in den Rücken fällt. Wir hören immer den Ruf und hören immer: „Was braucht der Bauer Schulen, der Bauer ist bildungsfeindlich.“ Das Wort läßt sich umdrehen. Der Bauer ist nicht bildungsfeindlich, sondern die Bildung ist dem Bauer feindlich. Wenn man die Bildung so macht, der bäuerlichen Bevölkerung entgegenkommt, so wird man nicht mehr von einer Bildungsfeindlichkeit sprechen; wenn nur erst Versuche gemacht werden. Wenn die Partei, welche die Bildung auf ihre Fahne geschrieben hat, diesen ernststen Bestrebungen aber in den Rücken fällt, dann wird der Bauernstand und die Produktion sich nicht aufbauen können und dann wird auch der Staat überhaupt sich nicht aufbauen. Und wenn schon dieses viele Herren besprochen haben, das Viehmonopol und die mit demselben im Zusammenhang stehenden anderen gesellschaftlichen Einführungen, so möchte ich doch einige Beispiele anführen, daß aus den zwangsbewirtschafteten Artikeln der konsumierenden Bevölkerung Vorteile zugeflossen sind. So mußte bei der Obstausfuhr eine Naturalmenge als Rücklaß geleistet werden. Es ist das verständlich. Jetzt soll das auch bei der Geflügelausfuhr der Fall sein. Es ist das auch verständlich. Es kommt aber nie vor, daß auch die Industrie sagt, wir geben bestimmte Teile von Industrieartikeln frei für den Bauernstand. Und wenn es schon heißt, die arme Bevölkerung soll versorgt werden, dann ist die Frage, wo der Haken anzusetzen ist. Wir haben Industriebetriebe bei 30 Prozent Friedenserzeugnis, jetzt sogar 40 Prozent Dividende, bei voller Friedenserzeugung nur 10 Prozent Dividende. Warum werden nun diese Betriebe nicht verpflichtet, daß sie auch auf Grund der Ausfuhr ihre Arbeiter selbst versorgen, warum immer auf Kosten der Allgemeinheit und warum auf Kosten der Produzenten der wichtigsten Lebensmittel? Ich wollte in diesem Sinne Stellung nehmen zu einigen Vorrednern und möchte noch hervorheben, daß, wenn es uns auch unsere sozialdemokratische Partei ab-

spricht, die Notwendigkeit besteht, daß sich auch der Bauernstand Bildung verschafft (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.), dann entspricht dies nicht den heutigen Verhältnissen, dann wird die Produktion nicht aufgebaut werden. (Beifall bei den Bauernbündlern. Abgeordneter G fö l l e r: „Das war ein Musterbeispiel für eine Rede zum Fenster hinaus.“)

Abgeordneter **Krawagna**: Hohes Haus! Verzeihen Sie, ich hätte in die Debatte auch nicht eingegriffen, wenn nicht von anderer Seite, von Neulingen, eben unvorsichtige Worte gefallen wären. In erster Linie wurde von einem Vorredner strikte betont, daß die Arbeiterschaft, und das war gemeint, arbeitsfaul sei. Ich verweise darauf, daß die vielen Streiks davon herkommen, weil die Arbeiterschaft eben unterernährt ist. Gehen Sie in die Betriebe hinaus und sehen Sie sich einmal in einem Hüttenbetrieb die Arbeiter an, dann würden Sie sich nicht anmaßen, hier in diesem Ton zu sprechen. Wir wissen zu schätzen, daß mancher kleine Bauer von frühem Morgen bis spät abends arbeitet, aber wir wissen, daß ein großer Teil die Besitze schon so ausgebaut hat, daß sie sagen, wir werden nicht mehr anbauen, als wir zum Leben brauchen. Und wenn in dieser demagogischen Art gesprochen wird, dann können sie nicht verlangen von der Bevölkerung, daß sie für den Aufbau des Staates ist. Dann muß es dazu kommen, daß die Arbeiterschaft sagt, die Einsicht der besitzenden Klassen hat aufgehört deshalb, weil unvorsichtige Politiker dieses Wort an einem Orte sprachen, wo es nicht angebracht ist. Hohes Haus! Gehen Sie hinaus in den Hüttenbetrieb und vergleichen Sie die achttündige Arbeitszeit am Hochofen mit der Arbeitszeit am Land; und ziehen Sie in Erwägung, daß der Arbeiter mit einem Viertel Kilogramm Mehl und mit dem hundsmiserablen Brot, das Ihre werthe Partei, die Regierungspartei in Wien, noch auf 11 K hinaufsetzen will, fertig kommen muß und Sie sich sagen müssen, daß diese Zustände dazu beitragen müssen, daß der Arbeiterschaft der Wille versagt und daß sie sagt, es geht nicht mehr. Auf einer Seite die Rücksichtslosigkeit der Fabrikanten und Großindustriellen, auf der andern Seite die Einsichtslosigkeit der bäuerlichen Bevölkerung. Schaffen Sie andere Zustände und machen Sie nicht andere Gruppen dafür verantwortlich, wenn derartige Zustände herrschen.

Bezüglich der Schulen möchte ich folgendes bemerken:

Der Herr Abgeordnete **W i g a n y** hat erwähnt, daß von unserer Partei der Ackerbauschule entsprechend entgegengetreten wird. Meine sehr verehrten Frauen und Herren! Ich glaube, die sozialdemokratische Partei

trifft niemals einem Bildungsbestreben entgegen; aber wir müssen auf der anderen Seite feststellen, und ich muß bedauerlicherweise sagen, daß wir die Staatsrealschule in Bruck, die schon errichtet war, sperren mußten, weil wir keine Kohle bekommen konnten. Die Gemeinde bringt keine Kohle auf. Auf der andern Seite sollen aber neue Schulen errichtet werden, und da sind die Mittel vorhanden. Wenn auf der einen Seite die Verpflichtung besteht, daß auch die Bauern ihre Schulen haben sollen, dann muß aber auch auf der andern Seite die Verpflichtung bestehen, die bereits bestehenden Schulen aufrecht zu erhalten, und die Sache nicht in einer Weise zu verdrehen, wie es sicher nicht am Platze ist. Wir sind dafür, daß die Bauern sich ausbilden können, aber es muß der 300-Millionenkredit in einer entsprechenden Weise verteilt werden. Und da müssen wir sagen: Es ist leichter, wenn man die 200 Millionen für die Wasserkräfte einsetzt, als eine Post, die der Allgemeinheit geschenkt werden soll. Ich muß doch voraussetzen, daß der Herr Finanzreferent soviel Vorsicht hat, daß er das Kapital nicht hinauswirft. Das aufgewendete Kapital für die Wasserkräfte ist doch ein Anlagekapital, das für den Unternehmer investiert ist und Zinsen trägt. Aber auf der anderen Seite werden Millionen hinausgegeben, die kein Anlagekapital sind und keine Zinsen tragen. Wenn die Abgabepflicht von Kohle eingeschärft wird, so muß man auch auf der anderen Seite darauf sehen, daß das Gesetz wegen der Mehrlieferung, das von Ihrer Seite von dem Herrn Abgeordneten Jenz so gepriesen wurde, auch wirklich befolgt werde. In Obersteier haben die Bauern, die sozialdemokratisch gestimmt haben, vielleicht diesen guten Willen. Die obersteirischen Kleinbauern, die Tag für Tag sehen, wie die Industriearbeiter und Angestellten acht Stunden ehrlich und fleißig arbeiten. Wenn Sie als Beispiel den Bezirk Bruck nehmen, dort ist der Ablieferungspflicht entsprochen worden. In der Ost- und Weststeiermark aber, wo Ihr Kreis ist, aus der Ihre Abgeordneten hervorgegangen sind, ist diesem Gesetz nicht Genüge geleistet worden und ist auch nicht dieser Nachdruck dem Gesetz gegeben worden, um auch in der Ost- und Weststeiermark der Ablieferungspflicht nachzukommen. Ihre Bauern sagen, die Landesregierung übt das Gesetz in der Weise aus, daß nur der zur Ablieferung herangezogen wird, der ihr nicht näher steht, und daß aber der andere, der die nötige Nackensteife hat, nichts abzuliefern braucht. Sie sehen selbst, wie hier auf einer Seite die Ablieferungspflicht durchgeführt wird. Ebenso könnte sie auch durchgeführt werden, wenn dem Gesetz der nötige Nachdruck verliehen werden würde. Wenn aber den

Arbeitern, die gezwungen sind, in den Streik zu treten, mit derartigen Worten entgegengetreten wird, wie dies soeben von Seite des Herrn Abgeordneten G u f m a n n geschehen ist, dann müssen wir das auf das entschiedenste zurückweisen und müssen sagen, Sie haben für die Interessen der Gesamtheit nicht das richtige Verständnis.

Landesrat **Prisching**: Ich bitte zur Geschäftsordnung das Wort.

Präsident **Kölbl**: Ich erteile Herrn Landesrat P r i s c h i n g zur Geschäftsordnung das Wort.

Landesrat **Prisching**: Ich beantrage Schluß der Debatte.

Präsident **Kölbl**: Ich lasse über den Antrag auf Schluß der Debatte abstimmen. Ich ersuche diejenigen, die diesen Antrag annehmen wollen, die Hand zu erheben. (Geschlecht.) **Ungenommen**.

Es sind noch Redner vorgemerkt, zwar keine Redner für und gegen. Es sind nur zwei Redner von Seite der sozialdemokratischen Partei vorgemerkt und nachdem beide denselben Standpunkt vertreten, so kann nur einer zum Worte kommen. Ich bitte die Partei, zu entscheiden, wer zu Wort kommen soll. (Rufe seitens der sozialdemokratischen Partei: „Herr Abgeordneter L e i c h i n.“) Ich erteile sohin Herrn Abgeordneten L e i c h i n das Wort.

Abgeordneter **Leichin**: Ich will nur ganz kurz zum Schluß der heutigen Debatte auf einige Dinge eingehen, die unbedingt der Richtigstellung bedürfen. Und da war es vor allen Dingen der Herr Abgeordnete **Witzany**, der gegen uns und insbesondere gegen Herrn Bürgermeister **Muchitsch** den Vorwurf erhoben hat, daß unser Bestreben dahingehe, den Bauern in seiner Unwissenheit zu erhalten. Er muß doch auch als Neuling verstanden haben, daß der Herr Bürgermeister aus Graz nur einen Vergleich gezogen hat zwischen dem, was man nicht aufgewendet hat, um die gewerblichen Schulen in Graz zu erhalten, und dem, was man aufwendet, um das Bildungswesen in der Landwirtschaft zu fördern. Jeder weiß, auch unsere größten Gegner wissen es, daß wir in jeder Hinsicht das Bildungswesen gefördert haben und daß wir alles fördern, was das Bildungswesen fördert.

Was nun den Herrn Abgeordneten **G u f m a n n** betrifft, der erklärt hat, daß die Arbeiterschaft nur fleißig arbeiten solle, um unsere Wirtschaft aufzubauen, so muß ich mich wundern, daß Herr **G u f m a n n** dieses Urteil aufbringt zu einer Zeit, wo doch in seiner eigenen Nähe Arbeiter sitzen, die seine Parteigenossen sind und die aber als Arbeiter dieser Vorwurf treffen soll. (Widerspruch bei der christlichsozialen Partei.) Wenn sie

alle gleich sind, so ist das sehr schön und ist für Ihre Arbeitervertreter bezeichnend. Es ist bezeichnend, daß Sie Ihre Arbeiter genau so hassen, wie die sozialdemokratischen und daß Sie die Arbeiter, wenn Sie auch christlichsozial fühlen, nur als Stimmvieh, aber nicht als Parteigenossen betrachten, denen Sie durch Ihre Politik forthelfen können. Der Vorwurf, daß die Arbeiterschaft mehr arbeiten soll, um unsere Wirtschaft aufzubauen, ist eine Ungerechtigkeit. Ebenso ist es eine Ungerechtigkeit, wenn behauptet wird, daß der Arbeiter heute acht Stunden arbeitet, während der Bauer länger arbeiten muß. Wenn der Bauer länger arbeitet, so erntet er selbst den Segen. Wenn der Arbeiter länger arbeitet, so erntet der Arbeiter den Segen der längeren Arbeit nicht, weil dieser Segen in die Taschen der Kapitalisten fließt, und heute noch eine solche Arbeitslosigkeit herrscht, daß es die Aufgabe sein muß, zuerst den Arbeitslosen Beschäftigung zuzuführen. Erst wenn die Arbeitslosen beschäftigt sind, erst dann wäre es möglich, daß sie die Berechtigung hätten, zu sagen, wir müssen mehr Arbeitswirtschaft ausbringen. Wir sind nicht schuld, daß die Wirtschaft zusammengebrochen ist. Wir sind nicht schuld, daß der Krieg ausgebrochen ist. Wenn wir die Schuld untersuchen wollten, die Sie als Parteipresse dazu beigetragen haben, da würden Sie staunen, wie ungeheuer groß Ihre Schuld ist, die zum Kriegsausbruch geführt hat.

Nun hat Herr Abgeordneter **Wizany** erklärt, man solle doch auch von jenen Industrien, die nach dem Ausland exportieren, verlangen, daß sie von diesem Kapital oder Valutageschäft einen Teil an das Land abgeben. Wir sind nicht dagegen. Wir sind nicht dagegen, wenn der Industrie der ganze Betrag abgenommen wird, wenn die Industrie übergeführt wird in die Hände der Gesamtheit. Den ganzen Gewinn soll das Land, das Volk haben. Sie haben keine Ursache, uns einen Vorwurf zu machen. Wenn Sie den Vorwurf erheben, dann schnellst der Vorwurf auf Ihre eigene Partei zurück. Wer ist gegen eine Sozialisierung der Betriebe? Diese ganze Art der Politik zeigt, das „zum Fenster hinaussprechen“ für jene Kreise, die nichts verstehen und die Ihren Worten blind nachfolgen.

Nun noch ein paar Worte zu einer anderen Sache. Es wurde heute erklärt, daß eigentlich zu dieser Anleihe, die als Anhang zu diesem Budgetprovisorium beigegeben wurde, der Beschluß seitens der Landesregierung gefaßt wurde, und zwar unter dem Vorsitz des Herrn Landeshauptmann-Stellvertreters **Pongraz**. Ich habe mich erkundigt. Es ist das nur die Behauptung des Herrn Landesrates **Prisching**. Ich habe mich erkundigt und habe erfahren, daß davon

nichts wahr ist. Ich verstehe schon, daß man sich darüber aufhält, wenn man in salopper Weise eine Anleihe hier aufnehmen will, in einer Weise, die die Anleihe schon im voraus in Mißkredit bringen muß. Die Art und Weise, wie das dem hohen Haus vorgelegt wurde, muß das Mißtrauen wachrufen und muß jene Kreise, von denen wir das Kapital erwarten, gegen die Anleihe stimmen. Ich habe Erkundigungen eingeleitet, ob diese Anleihe schon beschlossen wurde. Mir wurde nun gesagt, daß sie noch nicht seitens der Landesregierung beschlossen wurde, daß es nur eine Sache ist, die vom Herrn Finanzreferenten **Prisching** im letzten Augenblick zum Druck gebracht wurde, ohne daß die Landesregierung davon etwas weiß oder die näheren Umstände erfahren hat.

Präsident **Kölbl**: Zur tatsächlichen Berichtigung hat sich Herr Abgeordneter **Muchitsch** zum Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort. Redezeit 5 Minuten.

Abgeordneter **Muchitsch**: Herr Abgeordneter **Wizany** hat mir, beziehungsweise meiner Partei, Bildungsfeindlichkeit vorgeworfen. Ich berichtige, daß das Gegenteil wahr ist und daß die Bildungsfreundlichkeit der sozialdemokratischen Partei wohl von keiner anderen übertroffen werden kann und daß ich mich nicht im entferntesten gegen die Ausgaben für landwirtschaftliche Schulen gewendet habe, sondern nur feststellen wollte, daß zwar für neue Schulen Mittel vorhanden sind, daß aber der bescheidene Betrag, welcher zur Fortführung der gewerblichen Fortbildungsschulen angesprochen wurde, nicht zur Verfügung gestellt worden ist. Das und nichts anderes habe ich mit meinen Ausführungen gesagt.

Präsident **Kölbl**: Zu einer weiteren tatsächlichen Berichtigung hat Herr Landesrat **Prisching** das Wort.

Landesrat **Prisching**: Ich berichtige tatsächlich, daß die Angelegenheit der Anleihe im Landesrat wirklich zur Sprache gekommen ist. Das ist eine Tatsache. Freilich ist die Sache nicht ausführlich behandelt worden, es ist auch der Verwendungsplan nicht vorgelegen, aber es ist dem Landesrat die Ermächtigung erteilt worden, daß er an den Landtag wegen Aufnahme einer Anleihe herantritt. Das ist beschlossen worden. (Zwischenruf: „Aber kein Verwendungsplan ist vorgelegen!“) Gewiß, das habe ich auch nicht behauptet.

Präsident **Kölbl**: Zu einer weiteren tatsächlichen Berichtigung hat sich Herr Landeshauptmann-Stellvertreter **Pongraz** zum Wort gemeldet.

Landeshauptmann-Stellvertreter **Pongraz**: Ich leugne nicht, daß ich am 15. Dezember den Vorsitz geführt habe, wie Herr Landesrat **Prisching** über

diesen Punkt referiert hat und ich habe das getan, weil die anderen Herren verhindert waren und ich mich dieser Verpflichtung absolut nicht entziehen konnte, und es ist ja auch nichts dabei, daß ich den Vorsitz geführt habe. Wahrheitsgemäß stelle ich fest, daß Herr Landesrat Prisching erklärte, daß es notwendig sei, dem Landtag ein dreimonatiges Budgetprovisorium vorzulegen und es wurde seitens des Landesrates auch gegen diesen Antrag keine Einwendung erhoben und der Antrag wurde angenommen. Dann hat Herr Landesrat Prisching auch gemeint, es müßten auch wegen des Landesanlehens Schritte unternommen werden. Auf meine Frage, ob ein Verwendungsprogramm für dieses Anlehen vorliegt, hat Herr Landesrat Prisching gemeint, das würde schon kommen, es handelt sich jetzt nur darum, daß man bei den Unterhändlern das Geld aufnehmen kann. So ist die Sache dargestellt worden. (Zwischenruf des Landesrates Prisching.) Ich bitte sehr, die Herren waren alle dort. Ich habe später den Akt angesehen und ich muß feststellen, daß ich eigentlich erst gestern, als mir der Bürfenabzug des Berichtes vorgelegt wurde, gesehen habe, daß unter Punkt 2 ein Beschluß vorgelegt wird, ein festes Verwendungsprogramm ist jedoch nicht beschlossen worden und nun kommt der Bericht als Regierungsvorlage vor das Haus. Ich bemerke, daß der Punkt 2 nur eine Privatarbeit des Herrn Landesrates Prisching ist, denn ein Beschluß des Landesrates liegt nicht vor, da

sich keines der Mitglieder daran erinnern kann, daß eine Anleihe von 300.000.000 K hätte aufgenommen werden sollen.

Präsident Kölbl: Damit ist die Debatte beendet. Der Herr Berichterstatter hat das Schlusswort.

Berichterstatter Saloschnigg: Nachdem alle Parteien des hohen Hauses sich für das Budgetprovisorium ausgesprochen haben, obliegt mir nur mehr der formale Akt, den bereits vorgelesenen Antrag der Annahme zu empfehlen.

Präsident Kölbl: Wer für die Annahme des Antrages ist, wolle die Hand erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Es sind folgende Anträge eingebracht worden: (verliest die Überschriften, siehe Verzeichnis, Seite 19).

Das österreichische Bundesverkehrsministerium hat folgende Mitteilung anher gelangen lassen:

„Die Gültigkeit der Dauerkartenpauschale für die Landtagsabgeordneten wird formal bis 31. Jänner 1921 verlängert.“

Ich erkläre nunmehr die Sitzung für geschlossen.

Die nächste Sitzung wird den Herren Abgeordneten auf schriftlichem Wege bekanntgegeben werden.

(Schluß der Sitzung 9 Uhr 20 Minuten abends.)